

MARKT WIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

**Von der Akkumulation
und Konzentration in
der Wirtschaft zu ihrer
Dezentralisierung**

WERNER ONKEN

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

**Von der Akkumulation und Konzentration in
der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung**

Werner Onken

Teil 14 (von 15)

**Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft
und Demokratie ohne Kapitalismus,
Transformationstheorie und Corona-Krise**

1. Online-Auflage Dezember 2020

© Werner Onken

[https://www.werner-onken.de/
onken@sozialoekonomie.info](https://www.werner-onken.de/onken@sozialoekonomie.info)

PrePress / Online:
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

14 Anstelle eines Nachworts: Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, Transformationstheorie und Corona-Krise

Am Ende dieses langen Streifzugs durch die Ideengeschichte von Ökonomie und Teilen der Soziologie einschließlich ihrer unkonventionellen Unterwelten, nach dem Blick auf die gegenwärtige Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts und dem Ausblick auf die Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ stellt sich unausweichlich die Frage nach politischen Implikationen und Konsequenzen dieser Realutopie. Mehrere ihrer Vordenker haben diese Frage zumindest berührt und auch über die Entwicklung der modernen Demokratie nachgedacht. Ansatzweise haben einige von ihnen auch bereits erkannt, dass es nicht nur um die Entwicklung einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ geht, sondern darüber hinaus auch um die Entwicklung einer zukünftigen „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“. Sie erfordert eine kritische Rückbesinnung auf die Anfänge der Demokratie in der griechischen Antike und in der europäischen Moderne.

14.1 Siegeszug, Rückschläge, Gefährdungen und Vollendung der modernen Demokratie

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Erkenntnis, die schon der antike Philosoph Aristoteles und einige Wegbereiter der modernen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hatten – nämlich die Erkenntnis, dass das Zusammenleben der Menschen in einer freiheitlich verfassten Republik nur dann gelingen kann, wenn sie nicht nur vor Gott und dem Gesetz gleich werden, sondern wenn sie sich in der „Polis“, d.h. im öffentlichen Raum der Politik, auch in ökonomischer Hinsicht ohne Sonderrechte als Ebenbürtige begegnen können.

Wie in der Einleitung zu diesem Buch ausführlicher erläutert, bestand für Aristoteles eine zentrale politische Aufgabe darin, bei einer möglichst gleichmäßigen Vermögensverteilung „auch nach einer mittleren Größe zu zielen“. Auch Montesquieu ging in seinem „Geist der Gesetze“ von der Prämisse aus, dass jeder Mensch ein „Gleicher unter Gleichen“ sei. „Gesunder Sinn und das Glück der Einzelpersonen bestehen größtenteils in der Mittellage ihrer Talente und Vermögen. ... Wirkliche Gleichheit ... ist ... in der Demokratie die Seele des Staates.“ Und Emmanuel Sièyes betrachtete nicht nur die alten Privilegien von Feudalherrschern, sondern auch neue wirtschaftliche Privilegien als Hindernisse für den Übergang vom Ancien Regime zu einer republikanisch-demokratischen Bürgergesellschaft. „Alle Privilegien sind ihrem Wesen nach ungerecht ... und dem höchsten Zweck jeder staatlichen Gemeinschaft entgegengesetzt.“ Deshalb sollte die nachfeudale bür-

gerliche Gesellschaft nur aus einem einzigen „dritten Stand“ von wirtschaftlich ebenbürtigen Menschen bestehen.¹

Bekanntlich fehlte der Demokratieentwicklung sowohl im antiken Athen als auch in der westlichen Moderne diese „Seele“ als tragendes Fundament für die Entwicklung von nicht nur freiheitlichen, sondern auch gerechten Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen. Ohne „wirkliche ökonomische Gleichheit“ erwiesen sich die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Institutionen im antiken Athen ebenso wie nach den bürgerlichen Revolutionen in den USA und in Frankreich und in der modernen westlichen Welt als sehr verletzlich. Immer wieder untergruben wirtschaftliche Privilegien die Stabilität und Glaubwürdigkeit der Demokratie und brachten sie in die Gefahr, von ihren Gegnern geschleift zu werden.

Das antike Athen unter der Regentschaft von Perikles wurde in der Demokratietheorie oftmals als Geburtsstätte und leuchtendes Beispiel einer räumlich überschaubaren, direkten und darum bürgernahen Demokratie angesehen. Hans Vorländer zufolge galt Athen als das historische „Modell der unmittelbaren, radikalen Demokratie, der Versammlungsdemokratie“, bei der sich die Bürger der Polis versammelten, um nach ausführlichen Debatten politische Entscheidungen zu treffen. Das aus den griechischen Wörtern „demos“ („das Volk“) und „kratein“ („herrschen“) zusammengesetzte Wort „Demokratie“ wurde zum Inbegriff einer Herrschaft der vom souveränen Volk gemeinschaftlich beschlossenen Gesetze, die die obrigkeitliche Herrschaft von Aristokraten und Monarchen ablöste.²

Dieses Idealbild der antiken Demokratie entsprach jedoch aus drei Gründen nicht der historischen Realität:

- Athen war schon damals eine bedeutende Seemacht und damit mehr als nur ein kleiner überschaubarer Stadtstaat, in dem sich das arbeitende Volk häufiger in der Polis versammeln, debattieren und die Staatsgewalt unmittelbar ausüben konnte.
- Die zu debattierenden und gemeinsam zu entscheidenden Sachverhalte waren auch damals schon komplexer, als dass sie von allen Bürgern gleichermaßen hätten beurteilt werden können.
- Schließlich bestand das Volk noch keineswegs aus wirtschaftlich gleichen Bürgern, sondern es gab eine soziale Ungleichheit mit einflussreichen (Groß-)Grundbesitzern und Kaufleuten einerseits und ‚einfachen‘ Leuten andererseits. Auch Aristoteles hatte nur erst Athener Bürger im Blick und ansonsten weder Frauen noch Metöken (Fremde ohne Bürgerrechte) und erst recht keine Sklaven. So kam besonders bei den Mächtigen, aber auch bei den Philosophen die Befürchtung auf,

¹ Aristoteles [1978], S. 83, 183 und 242. – Charles Montesquieu (1748/1989), S. 139 – 140 und 144. – Emmanuel Sieyès (1788-89/1968), S. 24 – 25, 28 und 55 – 59. – Vgl. S. 19 – 22 in der Einleitung zu diesem Buch.

² Hans Vorländer (2003), S. 9 – 11 (unmittelbare Versammlungsdemokratie in Athen) und 13 – 25 (Entwicklung der Demokratie in Athen). – Vgl. auch Klaus Bringmann (2019), S. 139 – 147 (antikes Athen).

dass die Demokratie zu einer Herrschaft des sog. gemeinen Volkes oder gar des dummen Pöbels werden könnte.³

Dieses dritte und größte Problem der antiken Demokratie entsprang der in veränderten, nunmehr zugleich in aristokratischen und bürgerlichen Formen fortbestehenden sozialen Ungleichheit. Es war gesellschaftlich bedingt und hätte sich nur durch eine die Machtfrage klärende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen lösen lassen. Das erste Problem der unmittelbaren Versammlungsdemokratie – die nicht für alle Bürger gleichermaßen räumlich überschaubare und zeitlich zu bewältigende Dimension – war dagegen ‚naturegegeben‘ und hätte sich darum nicht beheben lassen.⁴ Das galt zumindest teilweise auch für das zweite Problem der Demokratie – die Komplexität der Sachverhalte. Es hätte sich allenfalls durch eine Herstellung wirtschaftlich-sozialer Gleichheit mit einer entsprechenden Anhebung der politischen Allgemeinbildung verringern lassen. Unter den bestehenden Bedingungen der sozialen Ungleichheit und der damit verbundenen Ungleichheit der Bildung flossen also zwangsläufig private Interessen in die Ausübung von politischen Ämtern ein – ganz unabhängig davon, wer gerade die Ämter innehatte. Auch eine Rotation der Ämter und eine Auswahl von Amtsträgern per Los konnten nicht verhindern, dass Angehörige von Eliten ihre Ämter auch für ihre Sonderinteressen ausnutzten oder dass Angehörige des ‚einfachen‘ Volkes mit der Ausübung von Ämtern teilweise überfordert waren. Neben ihrer Existenzsicherung durch Arbeit hätten sie politische Aufgaben zudem nicht ohne finanzielle Entgelte übernehmen können. „Das System der rotierenden Heranziehung der Bürgerschaft zu öffentlichen Dienstleistungen auf Zeit wäre ohne Geld nicht möglich gewesen. Tagesgelder mussten gezahlt werden. ... Die Höhe der Zahlungen war gering. Sie orientierten sich am Tagesverdienst eines ungelernten Arbeiters beziehungsweise eines gelernten Handwerkers.“⁵

Das antike Rom brachte keinen Versuch einer Lösung die Grundkonflikte der Demokratie hervor. Es blieb von Anfang an eine oligarchische „Herrschaft der Aristokraten, allerdings mit einem hohen legitimatorischen Anteil des Volkes“. Und im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit waren auch die oberitalienischen Stadtstaaten zwar Republiken und relativ kleinräumig wie Athen, aber noch keine Demokratien.⁶

Erster Vordenker der Demokratie in der Moderne war der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau, der in seinem Buch „Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts“ (1762) für eine unmittelbare und direkte Teilhabe des gesamten Volkes an politischen Entscheidungsprozessen eintrat. Rousseaus Ideal einer politischen Souveränität des ganzen Volkes und einer Verwirklichung seines gemeinschaftlichen allgemeinen Willens („volonté général“) stieß in der

³ Hans Vorländer (2003), S. 9 - 11 (Herrschaft des ‚gemeinen‘ Volkes).

⁴ Klaus Bringmann (2019), S. 12 - 14 (Probleme der antiken Demokratie).

⁵ Klaus Bringmann (2019), S. 14 (Ämterrotation und Entgelte).

⁶ Hans Vorländer (2003), S. 9 - 11 (Aristokratenherrschaft in Rom), 39 (Rom) und 44 (oberitalienische Stadtstaaten).

Praxis jedoch auf unüberwindbare Hindernisse. Im Vergleich zum antiken Athen war Frankreich ein noch viel größerer Flächenstaat und die Bevölkerung war in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage, die Tragweite einzelner politischer Entscheidungen zu überblicken und sich rhetorisch zu artikulieren. Rousseau strebte die Gleichheit aller Menschen bzw. aller Männer vor Gott und dem Gesetz an und ihm war auch bewusst, dass ohne eine „fast vollkommene Gleichheit in Bezug auf Stand und Vermögen die Gleichheit der Rechte und der Macht keinen langen Bestand haben könnte. ... Nichts ist gefährlicher als der Einfluss der Privatinteressen in den öffentlichen Angelegenheiten.“ Jedoch fehlte Rousseau noch eine Vorstellung von einem Weg zur Überwindung der sozialen Spaltung des „politischen Körpers“. So konnte kein einheitlicher „volonté général“ entstehen, sondern nur eine von Partikularinteressen durchsetzte politische Willensbildung und Gesetzgebung – obwohl Rousseau ausdrücklich vor der Entstehung von Gruppen und Parteien gewarnt und gefordert hatte, dass das ganze „Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, ... auch ihr Urheber sein ... muss.“ Nur dann werde die Volkssouveränität verwirklicht und nur dann könne auch der „Allgemeinwille stets richtig“ sein.⁷

Die bürgerlichen Revolutionen in den USA (1776) und Frankreich (1789) stellten die beiden großen Durchbrüche zur Entwicklung der modernen Demokratie dar. Während die demokratischen Kräfte sich in Frankreich, England und anderen europäischen Staaten noch lange mit den reaktionären Kräften des Ancien Regime auseinandersetzen mussten, konnten sie sich in der Neuen Welt ohne einen Kampf gegen solche Widerstände entfalten. Während der Französischen Revolution endete der Versuch einer gewaltsamen Herstellung von sozialer Gleichheit blutig und in England gelang es den alten restaurativen Mächten, die Forderungen der Chartisten nach politischer und sozialer Gleichheit durch eine „Mischung von Repression und Entschärfung“ abzuschwächen. Der Weg von dem an Privilegien und Vermögen gebundenen Zensuswahlrecht bis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht war noch weit, besonders für Frauen.⁸ Auch wenn die Politik in der Neuen Welt vorerst nur weißen Männern vorbehalten blieb, wurden die USA etwa ab 1830 zum „Gelobten Land einer Demokratisierung“. Und die Demokratie wurde fortan zum „Gegenbegriff der absolutistisch-feudalen Herrschaftsordnung“.⁹

In den USA schien sich die Demokratieentwicklung seit der revolutionären „Declaration of Independence“ wie von selbst auf der Grundlage einer sozialen Gleichheit zu vollziehen. Thomas Paine’s Verständnis der Demokratie als „government by the people, of the people, and for the people“ wurde zum Leitbild der US-amerikanischen Demokratieentwicklung. In diesem neuen Flächenstaat, der nach und

⁷ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 61 – 62 (Gruppen und Parteien), 70 (Volk als Urheber der Gesetze), 77 und 80 (politischer Körper), 97 – 98 (gefährlicher Einfluss der Privatinteressen). Zu Rousseau vgl. Klaus Bringmann (2019), S. 156 – 161.

⁸ Zur Erlangung des Frauenwahlrechts vgl. Kerstin Wolff (2018), S. 11 – 19.

⁹ Klaus Bringmann (2019), S. 25 (Chartisten in England, USA). – Hans Vorländer (2003), S. 50 (Demokratie als Gegenbegriff zum Ancien Regime) und 60 – 75 (Entwicklung der Demokratie).

nach noch um ein Vielfaches größer wurde als das kaum noch überschaubare Frankreich und andere europäische Staaten, wurde die Demokratie unter maßgeblichem Einfluss von Thomas Paine zur repräsentativen Demokratie mit einer auf Montesquieu zurückgehenden Teilung der staatlichen Gewalten von Legislative, Exekutive und Judikative weiterentwickelt - zu jener Form also, die Rousseau als Verfechter einer direkten Demokratie unmissverständlich verurteilt hatte: „Sobald ein Volk Vertreter ernennt, ist es nicht mehr frei.“¹⁰

Doch sollte die repräsentative Demokratie wirklich eine Verirrung gewesen sein, nachdem sich die direkte Versammlungsdemokratie als nicht realisierbar erwiesen hatte? Ergaben sich die Funktionsprobleme der modernen Demokratie fortan wirklich aus dem Prinzip der Repräsentation als solchem? Oder könnten sie sich noch viel mehr aus der Tatsache ergeben haben, dass die für die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie (und auch der direkten Versammlungsdemokratie!) unverzichtbare soziale Gleichheit weder in Frankreich noch in den USA und weiteren großen, mittleren und kleinen demokratischen Ländern hergestellt wurde?

Die Prinzipien der Repräsentation und damit auch der Berufspolitik schufen Auswege aus den ‚naturgegebenen‘ Beschränkungen der direkten Demokratie. Einerseits ermöglichten sie eine enorme Vergrößerung der räumlichen und zeitlichen Reichweiten der politischen Entscheidungsbildung; andererseits ging die weitere Demokratieentwicklung aber auch mit Funktionsmängeln einher, die nicht nur mit unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen und der Größe der sich neu formierenden Staaten zusammenhingen. Zwar ging die räumliche Überschaubarkeit der politischen Willensbildung oberhalb der Kommunen auf den Ebenen der Departements, Bundesstaaten, Kantone usw. und des Gesamtstaats größtenteils verloren, weshalb Konflikte zwischen Föderalisten und Zentralisten entstanden und immer wieder Forderungen nach mehr Bürgernähe der Politik erhoben wurden. Entscheidender war bei alledem jedoch, dass die im kapitalistischen Geld wurzelnde soziale Ungleichheit und Kapitalkonzentration parallel zu der sich seit dem Frühkapitalismus komplex ausdifferenzierenden wirtschaftlichen Arbeitsteilung auch die durch das Prinzip der Repräsentation möglich gewordene politische Arbeitsteilung und Produktivitätssteigerung kapitalistisch deformierte. Parallel zur wirtschaftlichen Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital setzte sie auch eine Tendenz zur Konzentration von politischer Macht in Gang. Jedoch blieb dies im Anfangsstadium dieser Fehlentwicklung noch weitgehend unbemerkt.

Im ersten Teil seiner berühmten Schilderung der amerikanischen Demokratieentwicklung ging der französische Historiker und Politiker Alexis de Tocqueville (1805-1859) noch von der Annahme aus, dass die soziale Gleichheit damals in den USA verwirklicht sei. Gleich zu Beginn des ersten, 1835 erschienenen Teils seiner berühmten Schilderung der amerikanischen Demokratieentwicklung betonte Tocqueville, dass ihn anders als in Frankreich in den USA „nichts so lebhaft beein-

¹⁰ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 124 (Kritik an Repräsentation).

druckt [habe] wie die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen“. Obwohl es kein anderes Land gebe, „in dem die Liebe zum Geld einen so großen Platz im Herzen der Menschen einnimmt“, hätten die Menschen in den USA „die Gleichheit des Vermögens und die Gleichheit der Geistesbildung oder – um es anders auszudrücken – die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen in viel stärkerem Maße verwirklicht als in irgendeinem Land der Erde.“¹¹

Dank der in den USA verwirklichten „allgemeinen Nivellierung“ war nach Auffassung von Tocqueville dort die Voraussetzung für die Entwicklung einer Gesellschaft erfüllt, „in der alle das Gesetz als ihr Werk betrachten.“ In dem „mit seinen wahren Interessen vertrauten Volk“ würden „sich dann zwischen allen Klassen ein gesundes Vertrauen und eine gewisse gegenseitige Nachgiebigkeit einstellen. ... Das Volk wird sich friedliebend zeigen.“ Alle staatliche Macht gehe von gleichermaßen souveränen Bürgern aus, so dass man von einer demokratischen „Selbstverwaltung und Selbstherrschaft“ in den USA sprechen könne. In den USA gebe es zudem eine unbeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die „Freiheit, sich zu politischen Zwecken zusammenzuschließen“. In Europa dagegen würden sich die ersten Parteien „gewissermaßen für den gesetzgebenden und vollziehenden Vormund der Nation ... halten, die ihre Stimme nicht selbst erheben kann.“¹²

Schon im ersten Teil seines Buches über die amerikanische Demokratie hatte Tocqueville nicht ganz über die Gefahren einer nur knappen Mehrheit gegenüber einer großen Minderheit sowie einer „Allmacht der Mehrheit“ über eine Minderheit hinwegsehen können. Es könnte der Fall eintreten, dass auf Seiten einer Mehrheit auch einmal nicht automatisch „mehr Bildung und Weisheit“ regiere und es dann zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ komme.¹³ Außerdem berichtete Tocqueville noch von Begegnungen mit Vertretern der „Indianervölker“, denen nach seiner Auffassung „ein gewisser Grad der Zivilisation und Bildung“ fehlte, um sich als souveräne Bürger an der demokratischen Politik beteiligen zu können. „Ich habe gehört, wie diese Indianer das ihrer Rasse zugeordnete Schicksal selber voraussehen“, es aber nicht verstanden hätten.¹⁴ Ambivalent war auch Tocquevilles Einstellung zur Versklavung von Schwarzafrikanern in den USA, besonders in den Südstaaten, und zu den Rassenkonflikten. Einerseits folgte er dem Bild vom „weißen Mann mit all seiner körperlichen und geistigen Überlegenheit“; andererseits stellte für ihn „die Sklavengesetzgebung der Südstaaten ... in unseren Tagen eine Art unerhörter Grausamkeit dar. ... Die Sklaverei kann inmitten der demokra-

¹¹ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 15 (Gleichheit der Bedingungen), 41 (Liebe zum Geld) – 44 (soziale Gleichheit in den USA).

¹² Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 18 (Nivellierung), 24 – 25 (Vertrauen zwischen den Klassen, Friedensliebe), 103 (bürgerliche Freiheiten) und 109 (Parteien in Europa).

¹³ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 105 und 140 (Allmacht der Mehrheit) sowie 145 – 149 (Tyrannei der Mehrheit).

¹⁴ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 132 (indigene Völker).

tischen Freiheit und der Bildung unseres Zeitalters als Einrichtung nicht fortbestehen.“¹⁵

Im fünf Jahre später erschienenen zweiten Teil seines Buches über die amerikanische Demokratie blieb Tocqueville bei seiner Überzeugung, dass die soziale Gleichheit in den USA verwirklicht sei; aber es entging ihm auch nicht, dass das von ihm angenommene Vertrauen zwischen den Klassen größere Risse bekam. Tocqueville beobachtete die ersten Anfänge einer „Landaristokratie und Geldindustrie“ in den USA und vor allem einer „Aristokratie der Industrie“. Auf der Grundlage von konzentriertem Kapital und Krediten entstanden größere Industrien mit einer Massenproduktion von speziellen Waren, bei der die Arbeiter zu bloßen Anhängseln der Maschinen wurden. „Während der Arbeiter immer mehr seinen Verstand auf die Durchführung eines kleinen Details beschränkt, überblickt der Unternehmer täglich ein größeres Ganzes. ... Der eine sinkt fast zum Tier herab, während der andere immer mehr dem Verwalter eines großen Königreiches gleicht.“ Und der eine müsse den Befehlen des anderen gehorchen. „So sieht man ... die Aristokratie von selbst aus dem Schoße der Demokratie hervortreten.“ Geradezu weitblickend forderte Tocqueville, „dass die Freunde der Demokratie hierauf immer ihre Blicke besorgt lenken“, damit die politische Volkssouveränität nicht durch eine größere wirtschaftliche Macht ausgehebelt werde. „Die industrielle Klasse bedarf daher in größerem Maße als alle anderen der Reglementierung, der Überwachung und des Zwangs.“ Tocqueville ging sogar so weit zu stehen, dass er „gar kein Vertrauen in den Geist der Freiheit“ habe.¹⁶

Sein mahrender Hinweis auf die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Reglementierung der Wirtschaft wurde in den USA jedoch ignoriert. Zu schlecht waren die Erfahrungen, die ihre Gründergeneration mit der Macht europäischer Staaten gemacht hatte und zu unbändig war dementsprechend ihr Drang nach einer nicht staatlich reglementierten individuellen Freiheit. So wirkte Tocquevilles Hymne auf die amerikanische Demokratie ohne seine abschließende Warnung vor dem Aufstieg einer neuen Form der wirtschaftlichen Machtentfaltung und ihren politischen Folgen weiter. Wenn der „mittelgroße“ Umfang aller Vermögen durch die Entstehung einzelner großer Vermögen durchbrochen werde, „droht ... den demokratischen Völkern ... eine Art der Unterdrückung ... , die mit nichts, was ihr in der Welt voraufging, zu vergleichen sein ... wird. ... Die alten Begriffe Despotismus und Tyrannei passen nicht. Die Sache ist neu“ – so neu, dass diese Gefahr für die

¹⁵ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 198 – 209 (Sklaverei), hier: S. 200 (überlegener weißer Mann), 206 (Grausamkeit der Sklaverei) und 208 (Unhaltbarkeit der Sklaverei).

¹⁶ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 258 – 263 und 332 (Geldindustrie, Landaristokratie und industrielle Aristokratie) sowie 339 (kein Vertrauen in den Geist der Freiheit). Als Beispiel einer industriellen Massenproduktion nannte Tocqueville die Produktion von Stecknadelköpfen (S. 259), was die Vermutung weckt, dass er Adam Smith's „Wohlstand der Nationen“ gelesen hatte. Die Vorzüge der industriellen Arbeitsteilung hatte Smith gleich zu Beginn seines Hauptwerks anhand der Produktion von Stecknadeln erläutert; vgl. Adam Smith (1776/1978), S. 9.

Demokratie in ihren Anfängen geahnt, aber noch nicht genau verstanden werden konnte.¹⁷

Die mit dem Aufstieg des modernen, als ‚freie Marktwirtschaft‘ deklarierten Laissez-faire-Kapitalismus einhergehende schleichende Aushöhlung der Demokratie durch eine Konzentration wirtschaftlicher Macht wurde weder in den USA, wo ein besonders starkes Misstrauen gegen die Staatsgewalt vorherrschend blieb, noch in Europa, wo der Laissez-faire-Kapitalismus im Laufe der Zeit sozialpolitisch abgeschwächt wurde, mit der strukturellen Macht des kapitalistischen Geldes in Verbindung gebracht. So wurden bis heute Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch die auf der Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital beruhende wirtschaftliche Macht beschädigt. Noch immer gilt ein Satz von Rousseau, den er auf die Zeit vor seinem „Gesellschaftsvertrag“ bezogen hatte: „Es hat noch nie eine wahre Demokratie gegeben.“¹⁸ Weder die unverwirklicht gebliebene direkte Versammlungsdemokratie noch die später in verschiedenen länderspezifischen Varianten realisierte repräsentative Demokratie waren bzw. hätten eine „wahre Demokratie“ sein können, weil die im kapitalistischen Geld sowie in Privilegien des privaten Boden-/Ressourcen- und Realkapitaleigentums wurzelnde soziale Spaltung sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik durch die gesamte Bevölkerung und durch jedes einzelne Individuum hindurchging. Alle einzelnen politisch handelnden Bürgerinnen und Bürger waren bzw. sind – unabhängig davon, ob sie unmittelbar handeln oder gewählte Repräsentanten sind – mehr oder weniger mit dem Virus der sozialen Ungleichheit infiziert. Und dieser innere Riss ging bzw. geht auch durch die Parlamente und die anderen politischen Institutionen der Staaten, die sich fortan zu in sich widersprüchlichen Rechts- und Machtstaaten weiterentwickelt haben.

Von privatkapitalistischen Machtinteressen strukturell durchsetzt, entfernte sich die real existierende Demokratie von ihrem Ideal einer herrschaftsfreien Selbstregierung der Völker. Der Widerspruch zwischen Rechtsstaatlichkeit und repräsentativ-parlamentarischer Demokratie einerseits und der sie unterwandernden strukturellen wirtschaftlichen und politischen Macht wurde zu einem schwankenden Boden für die weitere Demokratieentwicklung, auf dem die Demokratie besonders in Krisenzeiten von links und rechts kritisiert oder gar heftig bekämpft und durch totalitäre Herrschaftsformen ersetzt wurde.

Vereinzelt gab es Sozialreformer wie Pierre Joseph Proudhon in Frankreich und den US-Amerikaner Henry George, die sich noch an den liberalen Gründungsidealien von Marktwirtschaft und Demokratie orientierten und sie beiderseits vom Einfluss der sich immer mehr konzentrierenden wirtschaftlichen und politischen Macht befreien wollten. Proudhon wollte „die Regierung des Menschen über den

¹⁷ Alexis de Tocqueville (1835-1840/2006), S. 341 – 345 (Gefahr neuer wirtschaftlicher und politischer Machtballungen). – Zur Demokratieentwicklung in den USA vgl. Hans Vorländer (2003), S. 60 – 71, und Klaus Bringmann (2019), S. 234 – 245, bes. S. 237 – 238 (Wirtschaftskrise von 1819 und ihre politischen Folgen, sog. Ära des kleinen Mannes) und 242 (Sklaverei und Bürgerkrieg).

¹⁸ Jean-Jacques Rousseau (1762/1978), S. 97.

Menschen ebenso wenig ... dulden ... wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Ein freiheitlicher Sozialismus müsse das „Gegenteil des Gouvernamentalismus“ in föderalen Strukturen werden, in denen die Menschen ihr Zusammenleben ohne hierarchisch übergeordnete „Autoritäten“ auf gleicher Augenhöhe miteinander gestalten.¹⁹

George warnte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eindringlich vor einer Perversion der bürgerlichen Gesellschaft in den USA in eine Gesellschaft, die durch soziale Ungleichheit auf subtile Weise in eine Gesellschaft von Herrschern und Beherrschten gespalten wird und in der sich die Demokratie immer weiter von den Gründungsidealen der USA entfernt. „Diese Umwandlung einer volkstümlichen Regierung in eine Despotie der niedrigsten und gemeinsten Art ... hat in den Vereinigten Staaten schon begonnen und schreitet in unseren Augen mit Riesenschritten voran.“ Unter den Bedingungen der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit falle die politische Macht den „am lautesten blökenden Demagogen“ zu und „die Macht des Geldes nimmt laufend zu. ... Vertreter von Privatinteressen“ würden „in den Vorzimmern der Parlamente umherschleichen. ... Dies alles sind Zeichen des politischen Verfalls.“ Mit großer Besorgnis um die Demokratie verwies George auf die „Gefahr einer allmählichen Umwandlung der Regierung in etwas von dem Volke Unabhängiges und außerhalb des Volkes Stehendes. ... Der große Reichtum unterstützt stets die an der Macht befindliche Partei, sei sie so verderbt, wie sie wolle. ... Die demokratischen Formen können bleiben, aber unter demokratischen Formen können sich eben so viel Tyrannei und Missregierung verbergen wie in allen anderen - ja sie bieten sich gerade am bereitwilligsten der Tyrannei und Missregierung dar.“²⁰ Durch eine Beseitigung der sozialen Ungleichheit wollte George die „demokratischen Formen“ mit demokratischen Inhalten im Sinne der Ursprungsideale der USA füllen.

Im Allgemeinen fehlte der Demokratiekritik in den USA und auch in Europa jedoch als Grundorientierung die wichtige Unterscheidung zwischen dem Markt und der modernen liberalen repräsentativen Demokratie als solchen und ihren real existierenden kapitalistischen Zerrbildern. Aus diesem Versäumnis ergaben sich nicht nur antiliberaler Vorurteile gegen den Markt als solchen, sondern vielfach auch voreilige antidemokratische und antiparlamentarische Schlussfolgerungen. So hielten Marx & Engels die Demokratie in ihrer damaligen Form zwar für einen Fortschritt gegenüber dem Ancien Regime; aber für sie war die „zentralisierte Staatsmacht mit ihren allgegenwärtigen Organen - stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand“ und dem damals gerade neu entste-

¹⁹ Pierre Joseph Proudhon (1848/49), zitiert nach Pierre Rosanvallon (2016), S. 104 und 181 – 182. - Zu Pierre Proudhon vgl. das Kap. 4.2 dieses Buches, S. 22 – 60, bes. S. 30 und 50 – 55.

²⁰ Henry George (1879/2017), S. 250 (Verselbstständigung der Regierung gegenüber dem Volk, Geld in der Politik), 324 (USA), 355 (Lobbyismus), 437 - 440 („freie“ politische Tyrannei, Demagogen, Macht des Geldes) und 453 (subtile Alchemie). - Ders. (1885/1967), S. 11 - 14 (Gefahren für die Demokratie), S. 86 - 87 (Unabhängigkeitserklärung). - Zu Henry George vgl. das Kap. 7.1 dieses Buches, S. 5 – 29, bes. S. 15 – 18.

henden Spektrum von Parteien nur ein Herrschaftsinstrument in den Händen der Bourgeoisie, eine „abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft“ der Bourgeoisie über das unterdrückte Industrieproletariat. Eine „entschiedene Negation jener Staatsmacht“ erblickte Marx in der während des deutsch-französischen Kriegs im Frühjahr 1871 entstandenen Pariser Kommune, in der die Arbeiter quasi basisdemokratisch über ihre Produktion und sozialpolitische Maßnahmen bestimmten. Die lokal auf Paris begrenzte Kommune hielt Marx für eine „ausdehnungsfähige politische Form“ des Regierens und für ein kleines Beispiel einer zukünftigen gesamtstaatlichen „Diktatur des Proletariats“, welche sich Marx & Engels schon in ihrem „Kommunistischen Manifest“ (1848) als gewaltsame Entmachtung der Kapitalistenklasse und als Tor zu einer Selbstregierung aller ‚frei assoziierten‘ Produzenten vorgestellt hatten.²¹

Die Pariser Kommune galt fortan in den kommunistisch orientierten Teilen der Arbeiterbewegung als Vorbild für eine direkte Rätedemokratie und damit als ein Gegenstück zur repräsentativ-parlamentarischen Demokratie in der kapitalistischen Klassengesellschaft. Im Laufe der Russischen Revolution ersetzten die Bolschewisten jedoch schon bald die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) durch eine totalitäre Herrschaft der Kommunistischen Partei. Statt den Staat nach der Verstaatlichung der Produktionsmittel allmählich „absterben“ zu lassen, wie Engels es vorausgesagt hatte, übte deren Funktionärselite fortan eine als „Volksdemokratie“ deklarierte Diktatur über das Proletariat aus.

Nach dem Übergang vom deutschen Kaiserreich zur Weimarer Demokratie verstärkten die sozialdemokratischen Teile der Arbeiterbewegung ihre u.a. von dem Revisionisten Eduard Bernstein vorgedachten und auch von den Gewerkschaften unterstützten Bestrebungen, durch ihre Mitwirkung am bürgerlichen Parlamentarismus sozialpolitische Verbesserungen der Lage der Arbeitenden zu erreichen und nach und nach auf parlamentarisch-demokratischem Weg eine sozialistische Wirtschaft herbeizuführen. In Anbetracht der Hungersnot und des Bürgerkriegs im nachrevolutionären Russland fand das Ziel des demokratischen Sozialismus, durch Reformen statt durch eine gewaltsame Revolution eine soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und die Demokratieentwicklung auf diesem Weg schrittweise zu vollenden, viel Verständnis. Jedoch blieb die Demokratie im kapitalistischen Westen in sich widersprüchlich und außerdem war die angestrebte Sozialistische Produktionsweise kein geeignetes Mittel zur Verwirklichung der Demokratie, weil sie die im Organisierten Monopolkapitalismus konzentrierte wirtschaftliche Macht nicht zerstreuen, sondern sie in der Hand des Staates beibehalten und noch vermehren sollte.

²¹ Karl Marx (1871/1973), S. 332 (politische Herrschaft des Produzenten), 336 (Klassenherrschaft) und 541 (Staat als Fehlgeburt der Gesellschaft). – Zur Pariser Kommune vgl. Helmut Swoboda (1972).

Von der Herrschaft des Volkes zur Herrschaft von gewählten Eliten

Dem Fortbestand der Konzentration von Kapital und Macht entsprachen zwei Umdeutungen der Demokratie zu einer Herrschaft von Eliten von Vilfredo Pareto und Joseph Schumpeter. In ihnen spiegelte sich analog zur ökonomischen Entwicklung von der ‚freien‘ Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus die noch weiter zunehmende Gefahr, auf die schon Henry George hingewiesen hatte, dass sich nämlich die Regierung schleichend in eine Form verwandelt, in der sie die Rückbindung an das Volk verliert und sich als „Autorität“ (Proudhon) über das Volk erhebt.

Der italienische Ökonom und Soziologe Vilfredo Pareto (1848-1923) betrachtete die Regierenden während des ersten Weltkriegs und danach als politische Eliten, die die Geschicke der Massen leiten. Damit meinte er keineswegs nur autokratische Herrscher, sondern die der Masse unterschiedlich begabter Menschen entstiegenen „Besten“, die er deshalb auch als „Aristokraten“ bezeichnete. Pareto dachte dabei an die „besten“ Politiker, aber auch an die „besten“ Wissenschaftler, Künstler, Ärzte, Ingenieure usw. Die Geschichte erschien Pareto als eine evolutionäre oder revolutionäre Aufeinanderfolge von niedergehenden und aufsteigenden Eliten, weshalb er einen ewigen Kreislauf der Eliten postulierte.²² Pareto näherte sich dem italienischen Faschismus an, aber es blieb umstritten, wie weit seine Hinwendung zu Mussolini ging.

Nachdem die Weimarer Demokratie durch die Folgen des Ersten Weltkriegs sowie der sozialen Ungleichheit und schwerer wirtschaftlicher Inflations- und Deflationskrisen in ihren Grundfesten erschüttert worden war, beendete der Nationalsozialismus das von ihm verachtete sog. „Parteiengzänk“. Wissenschaftlich legitimiert u.a. von dem Staatsrechtler und „Hitlers Kronjuristen“ Carl Schmitt, errichtete die NSDAP mit brutaler Gewalt ihre totalitäre Ein-Parteien-Herrschaft, die die bis dahin gegen Widerstände der alten Mächte und unter schwierigen Umständen erreichte, aber noch instabile Demokratieentwicklung jäh unterbrach.

Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte der österreichische, in die USA übergesiedelte Ökonom Joseph A. Schumpeter ein Demokratieverständnis, das auf andere Weise als dasjenige von Pareto ebenfalls auf eine Herrschaft von Eliten hinauslief. So wie Schumpeter einen „vollkommenen Wettbewerb“ in der Wirtschaft bereits als „Fiktion“ abgetan und die „Vorherrschaft der Großkonzerne“ als unabänderliche Tatsache hingenommen hatte²³, so verabschiedete er sich auch dezidiert von der klassisch-demokratischen Vorstellung vom Volk als Souverän, das von der Politik Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls erwarten dürfe.

²² Vilfredo Pareto (1916/1962), §§ 2025 und 2031- 2043.

²³ Joseph Alois Schumpeter (1942/1950), S. 134 – 135 [vollkommener Wettbewerb vs. Großkonzerne]. - Zu Schumpeters ökonomischen Theorien vgl. das Kap. 8.3 in diesem Buch.

Aufgrund der Vielgestaltigkeit individueller Lebensentwürfe und Interessen lasse sich überhaupt kein einheitliches Gemeinwohl definieren, das als „sichtbarer Leitstern der Politik“ fungieren könne. „Es gibt kein solches Ding wie ein eindeutig bestimmtes Gemeinwohl.“ Außerdem sei die „Rationalität im Denken und Handeln ... nicht garantiert“. Gerade in Deutschland, wo Hitler auf demokratischem Weg und nicht durch einen Staatsstreich an die Macht gelangt war, habe sich gezeigt, dass die breite Masse mit Hilfe von „Psychotechniken ... analog zur Art und Weise der kommerziellen Reklametechnik“ beeinflusst werden konnte. Dadurch könnten leicht eine „größere Empfänglichkeit für nicht-logische Einflüsse ... und ein tieferes Niveau der Denkeenergie“ entstehen.²⁴

Aus diesen beiden Gründen forderte Schumpeter die Bereitschaft, „die ‚Regierung durch das Volk‘ fallen zu lassen und durch die ‚vom Volk gebilligte Regierung‘ zu ersetzen.“ Die klassische Demokratietheorie habe „der Wählerschaft ein völlig wirklichkeitsfremdes Ausmaß von Initiative beigelegt, was praktisch auf ein Ignorieren der Führung hinauskam. Kollektive handeln jedoch beinahe ausschließlich dadurch, dass sie eine Führung akzeptieren.“ Ohne jede Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung sei es die „Hauptfunktion der Wählerschaft ... , eine Regierung hervorzubringen“ und von Zeit zu Zeit durch Wahlen eine „Akzeptierung eines Führers oder einer Gruppe von Führern“ zu bestätigen oder eine „Rücknahme dieser Akzeptierung“ vorzunehmen und eine neue Führung zu wählen. „Die Leute, die die Parteimaschine bedienen“, bezeichnete Schumpeter gar als „Menschenmaterial der Politik“. So verkümmerte die Demokratietheorie bei ihm zu einer bloßen „Lehre von der Führerkonkurrenz. ... Das Prinzip der Demokratie bedeutet dann einfach, dass die Zügel der Regierung jenen übergeben werden sollten, die über mehr Unterstützung verfügen als die anderen in Konkurrenz stehenden Individuen oder Teams. ... Demokratie bedeutet nur, dass das Volk die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder abzulehnen.“²⁵

Die Frage, woran sich denn die Politik einer Elite orientieren sollte, wenn es kein Gemeinwohl als „sichtbaren Leitstern“ gebe, umging Schumpeter mit der Vorstellung, dass die Abwahl einer Elite wie auf einem Gütermarkt eine souveräne Konsumentenentscheidung gegen ihr politisches Produkt darstelle. Ähnlich wie in der Wirtschaft gebe es auch „im politischen Leben immer einige Konkurrenz, wenn auch vielleicht nur potenziell, um die Gefolgschaft des Volkes. ... Parteipolitiker und Parteimaschinen ... bilden einen Versuch, den politischen Konkurrenzkampf genau gleich wie die entsprechenden Praktiken eines Wirtschaftsverbands zu regulieren. Die Psychotechnik der Parteileitung und der Parteireklame, der

²⁴ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 397 (Leitstern der Politik), 399 (Gemeinwohl), 402 (Heterogenität der individuellen Interessen), 408 (nicht-logische Einflüsse), 411 (mangelnde Rationalität), 418 – 419 (Psychotechniken und kommerzielle Reklame).

²⁵ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 390 (vom Volk gebilligte Regierung), 429 (Initiative vs. Führung in Kollektiven), 432 – 433 (Auswahl der Führung), 461 (Menschenmaterial) und 474 (Demokratie als Führerkonkurrenz).

Schlagworte und der Marschmusik ist kein bloßes Beiwerk. Sie gehören zum Wesen der Politik.“²⁶

Dass in Deutschland ein „ganzes Volk ... schrittweise zu etwas verführt werden kann, was es nicht eigentlich will“ und dass das NS-Regime gleichsam als politischer Monopolist herrschte und nicht abgewählt werden konnte, ist unzweifelhaft ein tragischer Tiefpunkt in der Geschichte der Demokratieentwicklung.²⁷ Aber diese traumatische Erfahrung spricht nicht zwangsläufig für eine Elitenkonkurrenz, bei der zwei Eliten unter Beibehaltung einer die Wähler beeinflussenden „Psychotechnik“ um die politische Macht konkurrieren. Und sie spricht auch nicht gegen die Demokratie im klassischen Sinne, sondern sie ist ein Indiz für folgenschwere Versäumnisse bei ihrer nicht zuletzt auch ökonomischen Grundlegung. Zwar war Schumpeters Argument nicht falsch, dass sich kein konkret sachliches Gemeinwohl als Summe aller verschiedenen Einzelinteressen definieren lässt; aber er hätte überlegen können, ob es für alle Individuen in einer klassischen Demokratie („government by the people, of the people, and for the people“) anstelle eines fiktiven Gemeinwohls eines realen „Leitsterns der Politik“ in Gestalt einer alle Menschen einenden, rechtlich verbürgten sozialen Gleichheit im Sinne einer Beseitigung aller schon von Emmanuel Sièyes als „ungerecht“ empfundenen Privilegien bedurft hätte.²⁸ Hätte sich Schumpeter in Wirtschaft und Politik eine egalitäre Gesellschaft von verschiedenen menschlichen Individuen ohne hierarchische Herrschaftsverhältnisse vorstellen können, hätte er auf den Gedanken kommen können, dass politisch anwendbares Wissen nicht zwangsläufig zum Aufstieg in eine Elite führen muss, sondern auch gleichsam in der Nähe eines Gemeinwohls im Sinne einer allgemeinen sozialen Rechtsgleichheit bleiben kann. Und er hätte auch auf den Gedanken einer sich unter solchen Umständen auf deutlich höherem Niveau nivellierenden politischen Bildung kommen können.

Mit einer Bemerkung hatte Schumpeter allerdings ohne Zweifel recht. „Die moderne Demokratie ist ein Produkt des kapitalistischen Prozesses.“ Gerade deshalb hätte er nach einem ökonomischen Fundament für ihre Erneuerung im Sinne ihrer Ursprungsideale suchen können – das auch ihrem erneuten Absturz in autoritäre Herrschaftsformen vorbeugen könnte. Stattdessen ging es ihm lediglich um die Legitimierung einer der mono- und oligopolistischen Kapitalkonzentration im Kapitalismus angepassten und entsprechend reduzierten Form der Demokratie, bei der nur noch zwei oder drei große Parteien den politischen ‚Markt‘ wie rivalisierende Oligopolisten beherrschen und bei der eine gerade regierende Elite nur abgewählt und durch eine andere Elite ersetzt wird, wenn ihre Politik den Er-

²⁶ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 430 (Konkurrenz in der Politik) und 450 (politischer Konkurrenzkampf).

²⁷ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 420 (Verführung eines ganzen Volkes)

²⁸ Zu Emmanuel Sièyes vgl. oben die Anm. 1.

wartungen der Wählermassen nicht mehr entspricht. „Die amerikanische Ordnung zeigt“, so glaubte Schumpeter, „in diesem Punkte manche Vorteile.“²⁹

Demokratieentwicklung nach 1945 bis hin zur „marktförmigen Demokratie“

Als Reaktion auf die NS-Tyrannie knüpfte das westdeutsche Grundgesetz in den Artikeln 20 und 21 wieder an die klassisch-demokratische Vorstellung einer Volkssouveränität an. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und wird in Wahlen und Abstimmungen durch die Legislative, Exekutive und Judikative ausgeübt. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, d.h. die ausdrückliche Nennung von Parteien im Plural war eine Distanzierung von der Ein-Parteien-Herrschaft des Nationalsozialismus und die Parteien sollten auch nicht die einzigen und allein herrschenden Akteure in der Politik werden. Sie sollten sich nicht als politische Machtkonglomerate zwischen die Wähler/innen und die staatlichen Organe der Legislative, Exekutive und Judikative schieben und an der politischen Willensbildung nur „mitwirken“, wobei unklar blieb, wer außer ihnen daran auch noch mitwirken sollte.

Im Laufe der Zeit unterminierte die Konzentration privatwirtschaftlicher Macht jedoch den ursprünglich vom Ordoliberalismus angestrebten starken, über den wirtschaftlichen Interessen stehenden Rechtsstaat und das Recht vermischte sich mit wirtschaftlicher und politischer Macht. Im Schutz der 5%-Klausel, die die Wiederholung von ‚Weimarer Verhältnissen‘ verhindern sollte, entwickelten sich die größeren politischen Parteien gleichsam als Monopol- bzw. Oligopolparteien zu beherrschenden Kräften der Politik. Außer durch Wahlen war die „neue politische Elite des demokratischen Zeitalters“ nur noch durch Medienberichterstattungen und Meinungsumfragen an die Bevölkerung rückgebunden. Wie es sich Schumpeter schon vorgestellt hatte und wie es Brinkmann beschrieb, wurde „das Wahlvolk weder an der Regierungsbildung noch an der Gesetzgebung noch an der Regierungstätigkeit beteiligt. Nach vollzogener Wahl ist alles Weitere Sache der Parteien.“³⁰

Vorerst erwies sich die westliche repräsentativ-parlamentarische Demokratie trotz der restaurierten kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen aber noch als weitgehend stabil. „Parteiensystem, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Sozialstaat – das waren wesentliche Garanten für die Stabilität der westeuropäischen und nord-amerikanischen Demokratien.“³¹ Ausgehend von den USA wurde diese Entwicklung noch durch die „Ökonomische Theorie der Politik“ flankiert, in der der Politologe Anthony Downs und der Ökonom Mancur Olson im Anschluss an Schum-

²⁹ Joseph A. Schumpeter (1942/1950), S. 434, 438 und 458 (USA) und 471 (moderne Demokratie als Produkt des Kapitalismus).

³⁰ Klaus Bringmann (2019), S. 248. – In neuerer Zeit kamen noch Online-Petitionen hinzu.

³¹ Hans Vorländer (2003), S. 91.

peter das politische Wahlverhalten mit wirtschaftlichen Kaufentscheidungen verglichen. Für sie war die Politik gleichsam ein Marktgeschehen, bei dem einzelne, an ihrem eigenen Nutzen interessierte Individuen analog zum homo oeconomicus rationale Wahlentscheidungen zugunsten derjenigen Parteien treffen, von denen sie am ehesten eine Maximierung ihres Nutzens erwarten können, und bei dem die Parteien ihren Nutzen maximieren, indem sie durch Wahlversprechen und politische Werbung mit Hilfe von „Psychotechniken“ (Schumpeter) möglichst viele Stimmen gewinnen. Politische Wahlen stellten für diese Theorie demnach Märkte dar, auf denen sich Bürger und Politiker als Anbieter und Nachfrager gegenüberstehen. Abgesehen von der Fragwürdigkeit eines solchen Vergleichs der Politik mit der Wirtschaft blendete die Ökonomische Theorie der Politik die Frage ganz aus, ob der ‚politische Markt‘ frei oder mono- bzw. oligopolistisch vermarktet ist. So ist es kein Zufall, dass zu ihren Forschungsfragen auch ein politisches Rent-Seeking gehört, also die Frage, wie sich Unternehmen durch den Einfluss ihrer Lobbyisten auf die Politik Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten verschaffen können.³²

Die erste größere Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre veranlasste die verunsicherte Politik zu einer Notstandsgesetzgebung, was eine bis dahin unbekannte Außerparlamentarische Opposition (APO) auf den Plan rief. Als einer ihrer Vordenker kritisierte der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli, dass die staatstragend gewordenen Parteien nicht nur den Volkswillen repräsentierten, sondern sich trotz des gleichen Wahlrechts der gesamten Bevölkerung auch von den Machtinteressen einer Minderheit von Großunternehmen leiten ließen. Sie würden den Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit geradezu wegretouchieren. Mit Bezug auf die Elitetheorien von Pareto und Schumpeter kritisierte Agnoli die Trennung der Regierenden von der politischen Basis sowie die widersprüchliche Mischung aus „sichtbar vom Volke gewählten“ Vertreter/innen im Parlament und aus für die Massen unsichtbar bleibenden Einflüssen der wirtschaftlichen Macht.³³ Die Demokratie habe sich damit nicht in einem Prozess ihrer evolutionären Entwicklung befunden, sondern in einem Prozess ihrer „involutionären Transformation“ vom reinen „Verfassungsstaat“ über einen „Wohlfahrtsstaat“, der sich die Loyalität der Wähler/innen durch eine „Konsumhyperthrophierung“ sichert, und einen „autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus“ bis hin zu einem „Notstandsstaat“. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse der reprä-

³² Zur Ökonomischen Theorie der Politik vgl. Jochen Dehling und Klaus Schubert (2011). – Zur Kritik an dieser Theorie vgl. Peter Ulrich (1995), S. 74 – 95.

³³ Johannes Agnoli (1967/1990), S. 11 (Pareto), 33 – 34 (Trennung von Regierenden und politischer Basis), 38 (Schumpeter), 46 (für die Massen unsichtbare Einflüsse der wirtschaftlichen Macht) und 62 (sichtbar gewählte Abgeordnete).

sentativ-demokratischen Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen sah Agnoli nur in einer außerparlamentarischen „Fundamentalopposition“ gegen sie.³⁴

Als die 1968er Studentenbewegung in die Ökologiebewegung überging, organisierten sich viele mit den etablierten Parteien unzufriedene Menschen in Bürgerinitiativen, die gegen einzelne industrielle Großprojekte kämpften, vor allem gegen Atomkraftwerke und Vergrößerungen von Flughäfen. Ende der 1970er Jahre machte der Sozialphilosoph Ivan Illich der Politik den Vorwurf, die Bürger durch die Herrschaft von Experten zu entmündigen. Der Jurist Rudolf Wassermann sah die Politik auf einem Weg in die „Zuschauerdemokratie“ (1986) und der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim erhob die Forderung, die repräsentative Parteiendemokratie in Deutschland wie in der Schweiz durch ‚direktdemokratische‘ Volksabstimmungen zu einzelnen Sachfragen zu ergänzen (was erfahrungsgemäß keine Garantie für bessere politische Entscheidungen ist). Mit seinen Büchern wie u.a. „Demokratie ohne Volk“, „Der Staat als Beute“ (beide 1993) und „Vom schönen Schein der Demokratie“ (2002) stieß Arnim intensive Diskussionen über Abgeordnetendiäten, Ämterpatronage, Parteienfinanzierung, Parteispenden und Korruption an. Und unterdessen trug besonders der Aufstieg der aus den Bürgerinitiativen hervorgegangenen grünen Partei in das politische Establishment zur Entstehung einer neuartigen Zivilgesellschaft mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei, die ähnlich wie die 1968er APO von außen Einfluss auf das parlamentarische Geschehen zu nehmen versuchten.

Infolge der zunehmenden Macht der multinationalen Konzerne und der globalen Finanzmärkte kam es seit den 1990er Jahren zu einem fortschreitenden Prozess der „neoliberalen Dekonstruktion des Nationalstaates“ und einer „Denationalisierung der Politik“.³⁵ Sowohl bürgerlich-konservative als auch sozialdemokratisch-grüne Regierungen wandelten die Demokratie vollends in eine „marktkonforme Demokratie“ um, in deren scheinbar „neuer Mitte“ (Tony Blair & Gerhard Schröder) die Machtinteressen der Finanzmärkte eine deutliche Oberhand gegenüber den Interessen der Menschen erlangten.³⁶ Das führte zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit von parlamentarisch-demokratischer Politik und zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit.

Zwischenbilanz der modernen Demokratieentwicklung

In einer Zwischenbilanz der Entwicklung der modernen Demokratie seit 1776 bzw. 1789 sprach der Demokratietheoretiker Hans Vorländer zu Beginn des 21. Jahr-

³⁴ Johannes Agnoli (1967/1990), S. 10 (Involution zum autoritären Rechtsstaat), 28 (Konsum), 53 (Verfassungs-, Wohlstands- und Notstandsstaat), 70 (Schumpeter) und 73 (Fundamentalopposition). – Vgl. auch Wolfgang Kraushaar (2001) und Guido Speckmann (2018).

³⁵ Ulrich Beck (1997), S. 27 und 34.

³⁶ Zur „neuen Mitte“ von Tony Blair & Gerhard Schröder vgl. Anthony Giddens (1999). – Zur „marktkonformen Demokratie“ vgl. Jasper von Altenbockum (2012).

hunderts trotz dramatischer Rückschläge in mehreren Ländern von einem in mehreren größeren Wellen verlaufenen „Siegeszug der Demokratie“. Die erste Welle begann ihm zufolge in den 1820er Jahren und ebte seit der Mitte der 1920er Jahre ab, als Faschisten in Italien und Nationalsozialisten in Deutschland die politische Macht eroberten und die Zahl der westlichen Demokratien auf zwölf zurückging. Nach dem Untergang der totalitären Gewaltherrschaften sei die Zahl der westlichen Demokratien in einer zweiten Welle bis zu den 1960er Jahren wieder auf 36 gestiegen. Ab Mitte der 1970er Jahre bis 1990 seien weitere 30 Länder von autoritären Herrschaftsformen zur Demokratie übergegangen, darunter Portugal, Spanien und Griechenland sowie Südkorea, Taiwan und einige Länder Lateinamerikas, die wie Chile und Argentinien zuvor in Militärdiktaturen abgestützt waren. Und seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums mit scheindemokratischen Volksrepubliken sei die Zahl der demokratisch regierten Länder auf etwa 120 gestiegen. Allerdings seien nur 75 von diesen 120 Ländern „anspruchsvolle Demokratien“ mit höheren Standards hinsichtlich der Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte, der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz.³⁷

Knapp zwanzig Jahre nach Vorländers Zwischenbilanz der weltweiten Demokratieentwicklung erscheint es als ungewiss, ob sich der „Siegeszug der Demokratie“ fortsetzen wird oder ob es erneute Rückschläge geben wird. In den westlichen Demokratien nahm der Einfluss von Finanzmärkten und Großkonzernen auf die Politik noch weiter durch die Schaffung von „Drehtüren“ zwischen Chefetagen und Ministerien zu.³⁸ Der Unmut über die nach dem Beginn der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise von 2008 ausgebliebene Bändigung der internationalen Finanzmärkte löste vielerorts Proteste der Occupy-Bewegung aus. Weitere Großprojekte wie Kohlekraftwerke, Stuttgart 21, Flussvertiefungen und Autobahnbauprojekte führten zu Massenprotesten wie der Aktion „Ende Gelände“ im Braunkohlerevier Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen oder im Dannenröder Forst in Hessen. Bei vielen Bürger/innen entstand auch das ohnmächtige Gefühl, dass ‚die da oben‘ ohnehin machen, was sie wollen.

Immer weniger ist in westlichen Gesellschaften noch gegeben, was Vorländer für eine der wesentlichen Funktionsbedingungen moderner Demokratien hielt, nämlich das Vorhandensein einer Gesellschaft, „in der die Machtressourcen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft breit gestreut sind und nicht zu vermachteten Monopolen aggregiert sind.“ Die „empirische Demokratieforschung“ habe eindeutig gezeigt: „Je stärker die Machtressourcen auf viele Träger verteilt sind, desto höher ist der Demokratiegehalt; je stärker die Machtressourcen konzentriert sind, desto

³⁷ Hans Vorländer (2003), S. 6 – 7 (Wellen der Demokratieentwicklung) und 93 (ausgehendes 20. Jahrhundert).

³⁸ Vgl. hierzu Sascha Adamek & Kim Otto (2008), S. 13 – 15 (rot-grünes Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“), 21 – 22 (Fraport-Gesetz) und 147 – 150 (Toll Collect).

niedriger fällt der Demokratiegehalt aus.“³⁹ Letzteres ist in den westlichen Demokratien seit Jahrzehnten der Fall. Konzerne und Parteien sind längst zu einem ökonomisch-politischen Machtkomplex verflochten. Allerdings sind die Angehörigen der politischen Eliten keineswegs ‚allmächtig‘; trotz ihrer eigenverantwortlichen Entscheidungsmöglichkeiten sind sie innerhalb der kapitalistischen Machtstrukturen und Sachzwänge auch selbst Gefangene und Getriebene.

Mit Worten des französischen Historikers Pierre Rosanvallon reduzierte sich die repräsentative Demokratie auf eine bloße „Genehmigungsdemokratie“, in der die Bürger/innen nur noch alle vier Jahre bei Wahlen ‚ihre Stimme abgeben‘.⁴⁰ Die schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates und der Demokratie durch wirtschaftliche Macht zog bei den tendenziell entmündigten Bürger/innen einen beträchtlichen Verlust von Vertrauen in die regierenden Parteien, die die Vertretung der ‚bürgerlichen Mitte‘ für sich reklamieren, nach sich. Die Paralyse ebenjener ‚politischen Mitte‘, die de facto eher eine das Recht durch Macht beschädigende Pseudomitte war, führte im vergangenen Jahrzehnt zu einer Stärkung der linken und noch sehr viel mehr der rechten Ränder des politischen Spektrums. Dort entstanden neue populistische Parteien (von lat. *populus* = das Volk), die den Anspruch erhoben, den vom Establishment missachteten Willen des Volkes wirklich zu kennen und politisch durchsetzen zu wollen. Jedoch stehen sich mit den etablierten und populistischen Parteien keine politischen Lager gegenüber, die sich entweder vollständig über den Volkswillen hinwegsetzen oder ihn vollständig respektieren. Auf beiden Seiten verwebt sich die politische Vertretung der Interessen von Menschen und der Interessen von wirtschaftlicher Macht zu einem unentwirrbaren Knäuel, das dem gleichermaßen in kapitalistischen Strukturen gefangenen Wechselspiel zwischen dem monopolistisch deformierten Freihandel und dem Protektionismus in der Wirtschaft ähnelt.

Dass sich der neue Populismus auch noch „vom Populismus in der Demokratie zu einem Populismus gegen die Demokratie“ entwickelt, zeigt sich nicht nur in Ländern wie Ungarn und Polen, die Jahrzehnte lang unter Diktaturen gelitten haben, oder in der Türkei, in Russland und in Brasilien.⁴¹ Selbst in den USA als Ursprungsland der modernen Demokratie, wo beide großen Parteien die Demokratie durch ein Gewährenlassen der wirtschaftlichen Macht stark beschädigt haben, hat sich mit den Republikanern eine der beiden großen etablierten Parteien zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt. So äußern Steven Levitsky & Daniel Ziblatt am Ende ihrer Studie „Wie Demokratien sterben“ ihren Eindruck, „dass die Demokratie sich weltweit auf dem Rückzug befindet“, und sie erwähnen den US-amerikanischen Demokratieforscher Larry Diamond, der von einer „Phase demokratischer Rezession“ spreche. Nachdem die westliche De-

³⁹ Hans Vorländer (2003), S. 97 (Funktionsbedingungen der Demokratie) und 100 (empirische Demokratieforschung).

⁴⁰ Pierre Rosanvallon (2016), S. 19 – 20 (Genehmigungsdemokratie).

⁴¹ Zum Populismus vgl. Dirk Jörke & Veith Selk (2017), S. 72 – 79 (Populismus in/gegen Demokratie).

mokratie früher „gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen“ war, müsse heute verhindert werden, „dass sie von innen her zerstört wird“.⁴² Analog zu den Schattenbanken gibt es in den USA mit den sog. PACs („Political Action Committee“) und Super-PACs mittlerweile lobbyistische Schattenparteien, die die bisherige Fehlentwicklung der Demokratie noch weiter auf die Spitze treiben. Für die Einflussnahme auf showmäßige Wahlkämpfe akquirieren sie sowohl für die Demokraten als auch für die Republikaner horrenden Geldsummen.⁴³ Dass Trump bei der Wahl im Herbst 2020 keine zweite Amtszeit erhielt, ist gewiss positiv; aber er verfehlte seine Wiederwahl nur knapp und der nur hauchdünne Rückstand zu Biden zeigt, wie berechtigt schon die Mahnung von Alexis de Toqueville war, dass es nicht gut sein kann, wenn die Mehrheit einer Regierung nur geringfügig größer ist als die unterlegene Minderheit. An der sowohl von Demokraten als auch von Republikanern zu verantwortenden weit fortgeschrittenen inneren Zerstörung der Demokratie durch wirtschaftliche Macht änderte der Wahlerfolg Bidens noch gar nichts – im Gegenteil, das Wahlergebnis macht nur die abgrundtiefe soziale Spaltung des Landes sichtbar.

Die schon länger anhaltende Krise der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie spiegelt sich seit längerer Zeit im politikwissenschaftlichen Diskurs über einen allgemeinen Trend zu einer „Postdemokratie“, den der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch bereits im Jahr 2004 angestoßen hat. Ähnlich wie es Henry George schon vor mehr als 100 Jahren beobachtet hatte, verwies auch Crouch darauf, dass demokratische Institutionen zwar als äußere Formen bestehen bleiben, aber substanziell entkernt werden – besonders, wenn multinationale Großunternehmen der Politik den Verlust von Arbeitsplätzen androhen und den Staat auf diese Weise zu ihrem „Selbstbedienungsladen“ umfunktionieren können. Crouch beobachtete einen über einen längeren Zeitraum wachsenden Einfluss privilegierter Eliten auf die Politik und eine gleichzeitige Abnahme der Bürgerbeteiligung an ihr. Eine bedeutende Rolle spielten dabei für ihn auch die Medien, vor allem jene, die sich in privaten Händen von Medienmogulen wie Silvio Berlusconi und Rupert Murdoch befinden. Durch sie komme es zu einem „Verfall der Kommunikation“.⁴⁴

Ansatzpunkte für eine Verbesserung der „demokratischen Vitalität“ sah Crouch in einer Zurückdrängung der wirtschaftlichen Macht aus der Politik – freilich nicht ohne vor „extremen Fraktionen der antikapitalistischen Globalisierungsgegner“ zu warnen – und in einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung vor allem auf kommunaler Ebene. Um mehr Einfluss auszuüben, müssten die zivilgesellschaftlichen

⁴² Steven Lewitsky & Daniel Ziblatt (2018), S. 239.

⁴³ Zu den PACs und Super-PACs vgl. R. Sam Garrett (2016).

⁴⁴ Colin Crouch (2004/2008), S. 29 – 30 (inhaltliche Entkernung der politischen Institutionen) und 38 und 41 (Verfall der Kommunikation).

Organisationen freilich denselben „postdemokratischen“ Lobbyismus betreiben wie die Unternehmen.⁴⁵

Zwar wurden Einzelaspekte von Crouch's „Postdemokratie“ kontrovers diskutiert und es kamen weitere Vorschläge zur Stärkung der bürgerschaftlichen Teilhabe an der Demokratie ins Gespräch wie zum Beispiel die schon in den 1970er Jahren von Peter Dienel angeregte Bildung von „Planungszellen“, bei der zufällig ausgewählte Bürger/innen Bürgergutachten zu einzelnen Sachfragen erstellen und sie an die entsprechenden parlamentarischen Instanzen adressieren.⁴⁶ Seit längerem tritt die Vereinigung „Mehr Demokratie e.V.“ für die Einführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen ein. Noch nicht näher geprüft wurde das von Dieter Suhr zur besseren Durchsetzung der Interessen von Kindern und Jugendlichen ins Gespräch gebrachte „Dreigenerationen-Wahlsystem“, bei dem Eltern zusätzliche Stimmen entsprechend der Anzahl ihrer Kinder bekämen, „damit sie ihrer Pflicht, dem Kindeswohl zu dienen, auch mit ihrem Beitrag zur demokratischen Willensbildung nachkommen können.“ In der Demokratie dürfe es nicht nur um Erwachsene gehen, sondern auch um das Wohl der Kinder und ihre Zukunftsperspektiven. Neben dem Gestern und Heute müsse auch das Morgen im Parlament repräsentiert werden.⁴⁷

Um die in den kapitalistisch geprägten repräsentativ-parlamentarischen Demokratien agierenden Politiker/innen der mächtigen Parteien noch stärker zu kontrollieren, plädierte Rosanvallon für die Neubelebung einer „Betätigungsdemokratie“ durch die Schaffung von drei Instanzen: Ein „Rat für den demokratischen Prozess“ solle auf die formal korrekte Einhaltung demokratischer Prinzipien achten. „Öffentliche Kommissionen“ sollen für eine „demokratische Qualität des Zustandekommens politischer Konzepte und der Praxis der Verwaltungsapparate“ sorgen und „zivile Wachsamkeitsorganisationen“ wie zum Beispiel „Transparency International“ sollen die Integrität von Politiker/innen beobachten.⁴⁸ Doch wie und durch wen werden diese Instanzen besetzt und demokratisch legitimiert? Die Politik- und Kulturwissenschaftler Patrizia Nanz & Claus Leggewie regten die Bildung einer „Konsultative“ als eine die Legislative, Exekutive und Judikative ergänzende vierte Gewalt an. Um die Bürger/innen stärker an Entscheidungen vor allem über Großprojekte wie Stuttgart21, die Energiewende und Autobahnbauten zu beteiligen, fordern sie die Institutionalisierung von Zukunftsräten als ein flächendeckendes Netz konsultativer Gremien von der lokalen bis zur europäischen Ebene.⁴⁹

⁴⁵ Colin Crouch (2004/2008), S. 133 (Stärkung der Demokratie), 144 (Bürgerversammlungen), 149 (Globalisierungsgegner), 150 (demokratische Vitalität) und 155 – 156 (zivilgesellschaftliche Lobbyarbeit).

⁴⁶ Vgl. Peter Dienel (2002). Die zufällige Auswahl mit Mitgliedern der Planungszellen erinnert an das Losverfahren, mit dem im antiken Athen zeitweise politische Amtsträger ausgewählt wurden. Sie entspricht dem Gedanken einer gleichen politischen Mündigkeit aller Bürger/innen und kann auch Personen politisch aktivieren, die an dieser Aufgabe wachsen oder sich von ihr auch überfordert fühlen.

⁴⁷ Dieter Suhr (1990/1998), S. 85 – 86 bzw. S. 23.

⁴⁸ Pierre Rosanvallon (2016), S. 341 – 347 [Betätigungsdemokratie].

⁴⁹ Vgl. die Websites www.mehr-demokratie.de und www.omnibus.org. Vgl. Pierre Rosanvallon (2016), S. 342 - 347 (neue Betätigungsdemokratie); außerdem Patrizia Nanz & Claus Leggewie (2018). – Vgl.

Skepsis ist demgegenüber bei Vorschlägen zur Beschränkung oder gar Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts angebracht. Vom Austritt Großbritanniens aus der EU und von der Wahl des Rechtspopulisten Donald Trump zum Präsidenten der USA (2016) fühlte sich der US-amerikanische Politologe Jason Brennan verständlicherweise in seinen Zweifeln an der qualifizierten politischen Informiertheit der Bürger bestätigt. Er plädierte deshalb für eine Beschränkung des politischen Wahlrechts auf eine Minderheit politisch gebildeter Bürger, um „die Politik nicht den Unvernünftigen zu überlassen“. In einer Art Gelehrtenrepublik dürften nur noch „informierte Eliten“ das aktive und passive Wahlrecht ausüben.⁵⁰ Doch wer sollte nach welchen Kriterien entscheiden, wer zur Elite der Gebildeten und wer zur unvernünftigen Masse gehört? Noch problematischer als die bislang unzureichende politische Bildung der breiten Massen ist, dass die Gesellschaft analog zu ihrer tiefen sozialen Spaltung weiterhin in politische Eliten und Massen gespalten ist, und ein ungleiches Wahlrecht würde diese Spaltung nur zementieren.

Sehr problematisch ist auch der Vorschlag des belgischen Historikers David van Reybrouck, die von ihm als nicht demokratisch kritisierten Wahlen durch Auslosungen zu ersetzen. Da auch ‚Unvernünftige‘ ausgelost werden können, wäre Bringmann zufolge eine Ersetzung der Wahlen durch das „Vabanquespiel des Auslosens“ eine „Verschlimmbesserung des Repräsentativsystems“.⁵¹

Ansonsten wären die tendenziell basisdemokratischen Vorschläge geeignet, Gegengewichte zur Herrschaft der Parteien zu schaffen und die Partizipation von Bürger/innen und sozialen Bewegungen an der Politik zu erhöhen. Jedoch könnte ihre praktische Umsetzung nicht verhindern, dass sich das politische Handeln sowohl der Parteien als auch der sie ergänzenden bürgernäheren Einrichtungen noch immer im Teufelskreis der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen bewegt. Vor knapp 200 Jahren konnte Alexis de Tocqueville sie nur erst als noch ganz „neu“ erahnen und seitdem sind sie noch immer nicht weit genug analytisch durchdrungen worden. Angesichts des unverminderten Einflusses von wirtschaftlicher Macht auf die Politik – unterstützt durch einflussreiche Think Tanks –, angesichts der Auflösungserscheinungen bei den ehemals großen Volksparteien, des Aufstiegs von rechts- und linkspopulistischen Parteien und des gleichzeitigen Zerfließens der Grenzen zwischen den Populismen und nicht zuletzt angesichts der anhaltenden und sich in Zukunft vermutlich verschärfenden ökonomisch-ökologischen Gesamtkrise drängen sich unausweichlich zentrale Fragen auf:

- Wie können sich eine weitere Aushöhlung der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie durch die strukturelle Macht des Geldes, der Finanzmärkte und der Konzerne und ihr schließliches Abdriften in die Richtung autoritärer Herrschafts-

außerdem die Studie von Donatella della Porta über die partizipative Mitwirkung der neuen sozialen Bewegungen an der „Schönen neuen Demokratie“ (2020).

⁵⁰ Klaus Bringmann (2019), S. 35. - Jason Brennan (2017) und Cordula Meyer (2017) (Interview mit Jason Brennan im „Spiegel“).

⁵¹ David van Reybrouck (2016) und Klaus Bringmann (2019), S. 292 – 294.

formen, in denen letztlich auch die Herrschenden selbst gefangen sind, aufhalten lassen?

- Können Demokratie und wirtschaftlich-politische Macht weiterhin koexistieren, wenn doch Vorländer zufolge die „empirische Demokratieforschung“ klar gezeigt hat, dass die Zusammenballung von wirtschaftlich-politischer Macht die Demokratie über kurz oder lang zerstört?

- Sind die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft und die repräsentativ-parlamentarische Demokratie überhaupt Zwillinge und können sie als solche - wie immer wieder behauptet wurde - wirklich „wesentliche Garanten für die Stabilität der westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien“ sein?⁵² Oder könnten sie vielleicht in Wirklichkeit unversöhnliche Kontrahenten sein?

- Genügt es, nur innerhalb der real existierenden kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen über politische Modifikationen der Demokratie im Sinne einer Zurückdrängung der Parteienmacht und einer Stärkung von partizipativen Formen der Demokratie nachzudenken? Könnte es angebracht sein, zumindest als Denkmöglichkeit darüber hinausgehend auch zu überlegen, ob es eine andere Wirtschaftsordnung geben könnte, die die Demokratie dadurch neu belebt, dass sie sie im Sinne von Montesquieu durch die Herstellung von „wirklicher Gleichheit ... als Seele des Staates“ auf eine dauerhaft stabile Grundlage stellt?⁵³

Könnte eine von sozialer Ungleichheit und den schon von Rousseau gefürchteten privaten Sonderinteressen befreite Form der Marktwirtschaft besser zu einer liberalen Demokratie passen und es möglich machen, dass ‚alle Staatsgewalt tatsächlich vom Volke ausgeht‘? Könnte eine in diesem Buch in ihren Grundzügen dargestellte „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“⁵⁴ vielleicht eine zu einer solchen Demokratie passende Wirtschaftsordnung werden, nachdem sich frühere Versuche, die Demokratie mit einem Sozialismus statt mit dem Kapitalismus zu verbinden, nicht bewährt haben?

⁵² Hans Vorländer (2003), S. 91 [Garanten für die Stabilität der Demokratie].

⁵³ Charles Montesquieu (1748/1989), S. 139 – 140 und 144.

⁵⁴ Vgl. besonders die Kapitel 7 und 13 dieses Buches. – Bemerkenswert ist, dass auch der Soziologe Wolfgang Streeck in seinem Buch „Gekaufte Zeit“ (2013) ganz unabhängig von der Realutopie einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ überlegt hat, dass sich irgendwann „die Wege von Kapitalismus und Demokratie trennen“ müssen, nachdem ihre nach dem zweiten Weltkrieg geschlossene „Zwangsheirat“ in den Jahrzehnten des Neoliberalismus tiefe Risse bekommen habe. Streeck überlegte, ob es als „Alternative zu einem Kapitalismus ohne Demokratie ... eine Demokratie ohne Kapitalismus“ geben könnte – „zumindest ohne den Kapitalismus, den wir kennen. Sie wäre die andere, mit der Hayekschen konkurrierende Utopie“. Damit meinte Streeck – ohne sie schon zu näher konkretisieren – demokratische Institutionen, „mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können“. Allerdings erschien ihm eine solche Alternative als „heute ... vollkommen unrealistisch“. Vgl. Wolfgang Streeck (2013), S. 27 [Zwangsheirat] und 235 – 237 (Demokratie ohne Kapitalismus).

Umriss einer mit einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft konformen repräsentativ-parlamentarischen und partizipativen Demokratie

Der Sackgasse, in die die Demokratieentwicklung geraten ist, könnte sie entkommen, wenn sich die Politikwissenschaften das Vorländer zufolge „höchst ambivalente“ Verhältnis zwischen Demokratie einerseits und Marktwirtschaft/Kapitalismus⁵⁵ andererseits noch einmal genauer ansehen und sich auf den ungewohnten Gedanken einlassen würden, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus gar keine Synonyme, sondern geradezu Gegensätze sind, und dass die Demokratie zwar zur Marktwirtschaft, aber nicht zum Kapitalismus passen könnte.

Vielleicht war es gleichsam eine optische Täuschung, Marktwirtschaft und Kapitalismus für zwei Seiten derselben Medaille zu halten und in ihnen ohne weitere kritische Durchleuchtung wie selbstverständlich das ökonomische Fundament einer liberalen Demokratie zu sehen. Könnte die liberale Demokratie im Laufe einer Transformation der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ vielleicht eine bislang noch nicht für möglich gehaltene neue enge Verbindung mit einer solchen nachkapitalistischen Form der Marktwirtschaft eingehen und dadurch zu ihrer eigenen Vollendung kommen?

Wenn in der Wirtschaft nicht ‚freie‘ Märkte als solche die tiefere Ursache von Machtstrukturen sind, sondern ihre Beschränkung durch Privilegien, so könnte auch in der Politik nicht die repräsentativ-parlamentarische Demokratie als solche die Wurzel von elitärer Herrschaft und politischer Entmündigung der Massen sein, sondern ebenfalls ihre Verfälschung durch dieselben Privilegien. Das die soziale Ungleichheit abbauende Gesamtpaket aus Reformen der Geld- und Boden-/Ressourcenordnung, der Unternehmensverfassung sowie des Haftungs-, Patent- und Markenrechts könnte nicht nur einen „wirtschaftlichen Gezeitenwechsel“ (Keynes) im Sinne einer Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft zur Folge haben. Analog dazu könnte es auch einen „politischen Gezeitenwechsel“ im Sinne einer Transformation der kapitalistisch deformierten Demokratie in nachkapitalistische Formen der Demokratie auslösen. Eine Neutralisierung der strukturellen Macht des Geldes, die Entkapitalisierung und Dezentralisierung der Produktionsmittel sowie eine Aufhebung aller wirtschaftlichen Privilegien könnten nicht nur Unternehmen und Banken von ihrer widersprüchlichen Doppelrolle als Dienstleister und Kapitalverwerter befreien und ihnen die Grundlage für ihre lobbyistische Durchsetzung von Sonderinteressen entziehen⁵⁶, sondern sie könnten auch entsprechende Auswirkungen auf Politi-

⁵⁵ Hans Vorländer (2003), S. 108 („höchst ambivalentes“ Verhältnis zwischen Marktwirtschaft/Kapitalismus und Demokratie).

⁵⁶ Kleinere und mittlere Unternehmen können dann – besonders wenn sie sich zu Mitarbeiterunternehmen wandeln und wenn sich auch noch die Strukturen der Weltwirtschaft verändern (vgl. das Kap. 13.8.2 dieses Buches) – die Politik nicht mehr damit unter Druck setzen, dass sie im Falle einer Nicht-

ker/innen, die Parteien und die staatlichen Institutionen haben. Die Einebnung der sozialen Ungleichheit könnte Raum schaffen für eine sich allmählich von Machteinflüssen befreiende demokratische Politik in einem nachkapitalistischem Rechtsstaat und in einer egalitären Bürgergesellschaft, in der die Bürger/innen ihre volle wirtschaftliche und politische Souveränität erlangen.

So wie in der Wirtschaft die Märkte, Akteure und Institutionen nach und nach ihren in sich widersprüchlichen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Doppelcharakter ablegen, so können auch in der Politik die Akteure und Institutionen schrittweise ihren demokratisch-kapitalistischen Doppelcharakter als Organisatoren des menschlichen Zusammenlebens und gleichzeitig als ausführende Organe der von Machtinteressen von konzentriertem Kapital ausgehenden politischen Sachzwänge ablegen und dann nur noch als politische Mitgestalter der Gesellschaft weiterwirken. Wenn durch das erwähnte Gesamtpaket von wirtschaftlichen Reformen gleichsam der kapitalistische Grauschleier sowohl von der Marktwirtschaft als auch von der Demokratie weggezogen wird, können sich beide im Sinne ihrer Ursprungsideale erneuern. Der gleichen ökonomischen Teilhabe aller Frauen und Männer an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen könnte dann ihre gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungen über ihr gesellschaftliches Zusammenleben entsprechen.

Parallel zur Befreiung von Wirtschaft und Politik von der strukturellen Macht des Geldes und von weiteren Privilegien und zum damit einhergehenden Struktur- und Funktionswandel der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften können sich unter solchen Umständen auch die Parteien und staatlichen Institutionen wandeln. Im Laufe dieses Transformationsprozesses können sie den ihnen bislang eingeschriebenen Machtcharakter allmählich ablegen und zu herrschaftsfreien Mitgestaltern der „Polis“ werden. Der Strukturwandel der Parteien, der aus rivalisierenden Interessenvertretern von Teilen der Gesellschaft (Partei von lat. pars = der Teil) und den sich ähnlicher gewordenen Volksparteien echte Vertreter des Gemeinwohls macht, wird eine längere Übergangszeit benötigen. Und er braucht durchaus nicht dazu führen, dass die Parteien dann irgendwann zu einer einheitlichen Partei ineinanderfließen. Nicht der pluralistische Charakter der politischen Willensbildung war in der Vergangenheit problematisch, sondern der Umstand, dass die pluralistische politische Willensbildung von mächtigen Sonderinteressen durchsetzt war. Bislang repräsentierten die gewählten Abgeordneten die ihnen oftmals kaum als widersprüchlich bewusste Mischung aus den Interessen ihrer Wähler/innen und aus den strukturellen wirtschaftlichen Machtinteressen. Im Zuge von deren Überwindung kann das politische Leben auch auf der Grundlage von sozialer Gleichheit pluralistisch bleiben und es können also auch auf längere Sicht verschiedene, nur noch dem Gemeinwohl verpflichtete Parteien gemäß Art. 21.1 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung der Bevölkerung „mit-

beachtung ihrer Interessen ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern und dem Staat die Folgen einer erhöhten Arbeitslosigkeit aufbürden.

wirken“. Sie können möglichst je zur Hälfte Frauen und Männer aus allen Bereichen der Gesellschaft als gewählte Repräsentant/innen in Parlamente entsenden, die dort dann authentische, nicht mehr von Machteinflüssen und „Psychotechniken“ (Schumpeter) manipulierte Interessen ihrer Wähler/innen artikulieren. Aus dem bisherigen in sich widersprüchlichen Gemisch aus Wahrheiten, Halbwahrheiten und Ideologien bis hin zu perfiden Fake News in den sozialen Medien kann mit der Einebnung der sozialen Hierarchie und der Unterstützung durch unabhängige Medien nach und nach diejenige Wahrheit hervorgehen, die gemäß einer Sentenz von Karl Jaspers allein die Menschen wirklich miteinander verbinden kann.⁵⁷

Unter solchen Umständen büßen die Parteien ‚nur‘ ihre bislang beherrschende Stellung ein, während im Gegenzug basisdemokratische und zivilgesellschaftliche Formen der Mitwirkung bei der politischen Willensbildung an Bedeutung gewinnen können. Alle gemeinsam können sie sich zu machtfreien Mitgestaltern von demokratischen Rechtsstaaten entwickeln. Die repräsentativ-parlamentarische und fortan stärker um basisdemokratisch-partizipative und zivilgesellschaftliche Elemente erweiterte Demokratie wäre dann an das Gemeinwohl im Sinne einer sozialen Gleichheit aller freien und geschwisterlich miteinander verbundenen Bürger/innen und an deren nicht mehr durch Privilegien gespaltenen „volonté général“ (Rousseau) rückgebunden.

Ohne Machtinteressen und Fraktionszwänge können gewählte Parteipolitiker/innen oder auch parteilose Politiker/innen, die über die jeweils erforderlichen Fähigkeiten verfügen, dem Parlament angehören und politische Aufgaben übernehmen, ohne dass sie zugleich als Expert/innen für ein bestimmtes Fachgebiet in eine von der Masse abgehobene Elite aufsteigen, denn Eliten und Massen gehen beiderseits in eine egalitäre Bürgergesellschaft über. Politische Kompromisse sind darin keine ‚faulen‘ Kompromisse mehr zwischen antagonistischen Interessen mächtiger und ohnmächtiger Gruppen, durch die die notwendigen Agrar-, Energie- und Verkehrswenden ausgebremst werden. Vielmehr sind Kompromisse dann Ergebnisse von Auseinandersetzungen zwischen ökonomisch gleich starken und politisch gleichberechtigten Bürger/innen, wobei sich schwierigere Probleme auf gleicher Augenhöhe unter Zuhilfenahme von wissenschaftlicher Expertise sowie von politischen Mediationsverfahren⁵⁸ lösen lassen – anders als in kapitalistischen Verhältnissen, in denen zum Beispiel Konflikte um Flughafenerweiterungen

⁵⁷ Vgl. hierzu Reinhard Schulz Hrsg. (2009).

⁵⁸ Im Rahmen seiner alles in allem unsystematischen und zum Teil auch sehr problematischen politischen Überlegungen schrieb Silvio Gesell u.a.: „Politik aber, die nicht mehr von Sonderbestrebungen geleitet wird, vielmehr allein von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern angewandte Wissenschaft. Die Volksvertreter werden sich also in alle Staatsangelegenheiten wissenschaftlich vertiefen und eine Arbeitsweise sich aneignen müssen, bei der alle Leidenschaften schweigen und wo man mit nüchternem Sinne den nüchternen Beratungsstoff mit Hilfe der Statistik und Mathematik prüfen wird.“ (Silvio Gesell 1920/1991a, S. 89 – 90) – Zu politischen Mediationsverfahren vgl. Horst Zilleßen (2005), S. 83 – 94, und die Website <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/politische-mediation/> [Zugriff: 11.10.2020].

dadurch ‚gelöst‘ wurden, dass die von zusätzlichem Lärm in der Umgebung von Flughäfen belästigten Menschen finanzielle Entschädigungen bekamen. Unter den skizzierten neuen Umständen könnte sich auch das Problem der Herrschaft von Mehrheiten über Minderheiten durch einen tatsächlichen Ausgleich von Interessen entschärfen lassen.

Bei einer unter solchen Umständen tendenziell abnehmenden Komplexität der Gesellschaft – eine gerecht geordnete Gesellschaft dürfte weniger komplex sein als eine durch Interessengegensätze gespaltene und in Unordnung geratene Gesellschaft – , könnte sich eine von struktureller Wirtschaftsmacht befreite repräsentativ-parlamentarische Demokratie besser als bisher mit basisdemokratisch-partizipativen Elementen verbinden lassen – vor allem in kleineren und mittleren Rechtsstaaten sowie in größeren Rechtsstaaten zumindest auf den Kommunal- und Länderebenen. Zwar weisen längst nicht alle bestehenden Staaten der Welt eine von ihren Bevölkerungen überschaubare ‚optimale Größe‘ auf – aber das Problem der unterschiedlichen Größe von Rechtsstaaten verliert seine Brisanz, wenn sie alle gleichermaßen ihre innere soziale Spaltung überwinden.⁵⁹ Davon abgesehen können von Land zu Land auch unterschiedliche Kombinationen einer sich nach und nach von Machteinflüssen befreienden repräsentativ-parlamentarischen Demokratie mit Elementen einer direkt-partizipativen Demokratie wie Volksabstimmungen, Planungszellen, Runde Tische, die Konsultative, Bürgerhaushalte und Bürgerräte usw. erprobt werden. Sobald schließlich in einer sich entwickelnden egalitären Bürgergesellschaft auch Bildungschancen gleichmäßiger verteilt sein werden, könnten auch einzelne politische Ämter versuchsweise durch das Losverfahren besetzt werden – wie es bereits jetzt im Rahmen von Bürgerräten erwogen wird – und nach einer gewissen Zeit rotieren.

Die hier angedeuteten Parallelen zwischen einer Übereinstimmung von Eigeninteressen und Gemeinwohl in der Wirtschaft und in der Politik im Denkmodell einer „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ unterscheiden sich grundlegend von der Anwendung ökonomischer Theorien auf die demokratische Politik durch die „Ökonomische Theorie der Politik“ von Downs und Olson. Während diese Theorie Begriffe aus der kapitalistischen Ökonomie verwendete, um die kapitalistisch deformierte demokratische Politik zu beschreiben und zu legitimieren, geht es hier darum, ordnungspolitische Ähnlichkeiten von beider Strukturwandel auf dem Weg zu einer egalitären Gesellschaft von Wirtschaftsbürger/innen und politischen Bürger/innen sichtbar zu machen.

Eine offen bleibende große Frage der Demokratie

Da die real existierende, von kapitalistischer Wirtschaftsmacht beschädigte westliche Demokratie bislang ganz besonders gegenüber zwei existenziellen Herausforderungen versagt hat – zum einen bei der Bändigung der entgrenzten Macht

⁵⁹ Vgl. hierzu auch das Kap. 13.7 dieses Buches über die europäische Integration.

der internationalen Finanzmärkte und der großen Konzerne und zum anderen bei der Begrenzung der gefährlich zunehmenden Erderwärmung als den beiden höchsten Gipfeln der multiplen ökonomisch-sozialen und ökologischen Gesamtkrise – stellt sich schließlich die große Frage, ob sie entgegen allen bisherigen enttäuschenden Erfahrungen doch noch die Kraft aufbringen wird, mit dem erwähnten Gesamtpaket ökonomischer Strukturreformen den Primat der Politik gegenüber der strukturellen Macht des Geldes, der internationalen Finanzmärkte und der umweltzerstörerischen Realwirtschaft zu erlangen. Wird die repräsentative Demokratie in ihrer bestehenden Form eine parlamentarische Mehrheit für den Übergang aus der „kapitalistischen Marktwirtschaft und Demokratie“ in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ hervorbringen – statt immer nur auf neue technische Pseudolösungen zu setzen wie zuletzt auf die grüne Wasserstofftechnologie, um den Verbleib in den alten falschen Strukturen noch eine Weile hinauszögern zu können? Wird die in unzählige widerstreitende Teile aufgespaltene bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft angesichts existenzieller Gefahren für das gesamte Leben auf der Erde doch noch einen Überlebenswillen mobilisieren und sich als fähig erweisen, sich mit den Mitteln der kapitalistisch beschädigten Demokratie zum Ganzen einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft zusammenzufügen und sich zu einer nachkapitalistischen Demokratie weiterzuentwickeln? Ist dies wie die Quadratur des Kreises eine Unmöglichkeit oder kann sich die Gesellschaft doch noch gleichsam wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem kapitalistischen Durcheinander herausziehen?

Dass die bislang in Interessenkämpfe verstrickte Politik der Parteien trotz vieler hehrer Wahlversprechen kaum mehr als Minimalkompromisse vollbracht hat, könnte nicht nur am organisierten Einfluss der die Machtstrukturen konservierenden Kräfte liegen, sondern zu einem großen Teil auch am weit verbreiteten Mangel an einer ökonomischen Allgemeinbildung. Zwar hat in der jüngeren Vergangenheit auch ökonomische Bildung Einzug in die Schulen gehalten, aber noch längst nicht in einem notwendigen Umfang und vor allem nicht - wie die Verbreitung von Börsenspielen im Unterricht zeigt - mit der notwendigen inhaltlichen Ausrichtung. Nach Auffassung des Wirtschaftspädagogen Andreas Leining ist „die Vorbereitung der jungen Menschen auf das Leben ... zentrale Aufgabe von Schule. ... Die soziale Marktwirtschaft prägt dabei wesentlich unser Leben.“ Ökonomische Kenntnisse sollen die Menschen bei vermeintlich „strukturell gleichen Lebens- und Handlungssituationen ... zur eigenverantwortlichen Bewältigung“ ihres „Lebens in der Wirtschaftswelt“ verhelfen. Statt wie Leining das Hauptaugenmerk auf die „Entrepreneurship Education“ als Handwerkszeug für Schülerunternehmen und Startups zur Gestaltung des „jeweilig eigenen Lebens nach eigenen Vorstellungen“ zu legen, sollte es in der Ökonomischen Bildung nicht nur im Sinne einer „geistigen Monokultur“ um die Vermittlung von Kenntnissen der als alternativlos dargestellten neoliberalen Orthodoxie gehen, sondern auch um eine „Befähigung

zur Multiperspektivität“ (Silja Graupe⁶⁰) und um eine Ermutigung junger Menschen zum kritischen Nachdenken über Wege zu einer zweiten Großen Transformation von Wirtschaft und Politik.

Erinnert sei an dieser Stelle an die Bildungsideale von Rousseau, Kant und Schiller, die die Erziehung der Menschen zu freien und gleichen Mitgestaltern des gesellschaftlichen Zusammenlebens einschloss. Während Rousseau junge Menschen auch zu „Teilhabern der Staatssouveränität“ erziehen wollte, sollten die Schulen Kant zufolge die in ihnen angelegten „Keime der Menschheit und Zivilisierung“ zur Entfaltung bringen und sie befähigen, an der Schaffung eines „zukünftigen besseren Zustands“ der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken. Von Kant als Mensch und Weltbürger sehr beeindruckt, sah Friedrich Schiller in seinen Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ den „Bau einer wahren politischen Freiheit“ als das „vollkommenste aller Kunstwerke“ an, das politisch gereifte Menschen hervorbringen solle. Und noch in den Anfängen des 20. Jahrhunderts sollten Schulen nach Ansicht des US-amerikanischen Pädagogen John Dewey in besonderem Maße auch „Schulen der Demokratie“ sein.⁶¹ Zu deren Aufgaben sollte auch der Unterricht in Rhetorik und gewaltfreier Kommunikation gehören. –

Aufgrund großer Enttäuschungen darüber, dass die seit dem Erscheinen des Reports über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) vergangenen fünf kostbaren Jahrzehnte nicht für einen grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Wandel genutzt wurden, sind Erwartungen an demokratische Politik u.a. in wachstumskritischen Debatten mittlerweile gesunken. Die für eine Überwindung der „öko-suizidalen Daseinsform“ notwendige Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von mehr als sieben Milliarden auf der Erde lebenden Menschen ist für Niko Paech ein „zivilisatorisches Großvorhaben, für das keine historische Parallele existiert“. Jedoch hält Paech „demokratische Mehrheiten für eine Postwachstumsstrategie“ für „unerreichbar“. Statt „das große politische Rad drehen“ und den „zunehmend manövrierunfähigen Tanker umlenken zu wollen“, setzt er seine Hoffnungen nur noch auf die persönliche Bereitschaft zum „Wandel von Lebensstilen und Alltagspraktiken“ sowie zum Bau „autonomer Rettungsboote. ... Individuen darin zu stärken, unter bescheidenen Bedingungen ein resilientes und würdiges Dasein zu

⁶⁰ Zur gegenwärtigen ökonomischen Bildung vgl. exemplarisch Andreas Leining (2019), S. V - VI (Vorbereitung auf die soziale Marktwirtschaft), 21 (vermeintlich strukturell gleiche Lebens- und Handlungssituationen) und 205 – 260 (Entrepreneurship Education). – Silja Graupe (2015), S. S. 43 – 68, hier: S. 59. – Im Zusammenhang mit den Börsenspielen ist interessant, dass das weit verbreitete kapitalistische Gesellschaftsspiel „Monopoly“ mit dem Spiel „The Landlord’s Game“ einen sozialkritisch-bodenreformerischen Vorläufer hatte; vgl. hierzu Michael Prüller (2007) und Daniel Meßner & Richard Hemmer (2020).

⁶¹ Zu den klassischen Bildungsidealen vgl. Dietrich Benner & Friedhelm Brüggem (2011), S. 5 (Schiller), 91 (Rousseau), 127 und 131 (Kant), sowie 245 – 263 (Dewey). – Vgl. auch John Dewey (1916/2000). – Bemerkenswert war ebenfalls das Bestreben des polnischen Arztes und Pädagogen Janusz Korczak, schon Kindern und Jugendlichen eigene Erfahrungen mit dem Erkennen von Recht und Unrecht zu vermitteln.

meistern, ist die demokratische Alternative zu einer Politik, die auf unerreichbare Mehrheiten setzt.“ Neben der Solidarischen Landwirtschaft, dem Urban Gardening, den Repaircafés, den Transition Towns usw. zählt Paech auch geldreformerisch konzipierte Regionalwährungen zu diesen „Rettungsbooten“. ⁶²

In ähnlicher Weise sieht auch der US-amerikanische Soziologe Erik Olin Wright die Schaffung von kleinen Zukunftsinseln und den Bau von Rettungsbooten als Möglichkeiten für eine sowohl utopische als auch realistische Linke, den Kapitalismus zu „untergraben. ... Anstatt den Kapitalismus durch Reformen ‚von oben‘ zu zähmen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerschlagen, sollte ... der Kapitalismus dadurch erodiert werden, dass in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden. ... Reale Utopien sind somit Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voran bewegen.“ Durch zeichenhaftes Handeln in kleinen praktischen Modellen könnten zukünftige Alternativen zum Kapitalismus schon innerhalb der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse ansatzweise sichtbar gemacht werden. Obwohl es kein vollständig richtiges Leben in falschen Verhältnissen gebe, könnten kleine Inseln und Rettungsboote dennoch Auswege aus dem Falschen sein, die in richtige Richtungen weisen. ⁶³

Bei anderen Kapitalismus- und Wachstumskritiker/innen, die die Hoffnungen auf ein demokratisch herbeigeführtes Umsteuern des „großen Tankers“ noch nicht aufgegeben haben, stößt diese empirisch durchaus nicht unbegründete Skepsis gegenüber dem Weltrettungspotenzial der vom Kapitalismus beschädigten Demokratie auf einen genauso verständlichen Widerspruch. Freilich bleibt vorerst ungewiss, wie ein demokratisch legitimierter Übergang aus der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ einmal aussehen könnte. Dennoch argumentieren Oliver Richters & Andreas Siemoneit, die zu den wenigen zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus differenzierenden Wachstumskritikern gehören, dass sich sozial gerechtes und umweltverträgliches Wirtschaften „nur in machtarmen Strukturen erreichen“ lässt. Deshalb halten sie ein „institutionelles Trockenlegen von Quellen systematisch leistungsloser Einkommen“ für eine zentrale „Aufgabe der Politik. ... Die entschei-

⁶² Niko Paech (2019), S. 22 (Verminderung des ökologischen Fußabdrucks), 24 (öko-suizidale Daseinsform), 25 (unerreichbare demokratische Mehrheiten), 45 (großes politisches Rad), 47 (Lebensstile und Alltagspraktiken) und 48 (Tanker und Rettungsboote). Zu den Regionalwährungen vgl. Margrit Kennedy & Bernard Lietaer (2004), Niko Paech (2008), S. 10 – 19, und Christian Gelleri (2009) und (2020). Zu Paechs genereller Wachstumskritik vgl. das Kap. 11.5.15 dieses Buches.

⁶³ Erik Olin Wright (2017), S. 69 – 71 (den Kapitalismus untergraben), 75 (Grundeinkommen) und 77 – 78 (Alternativen zum Kapitalismus im Kapitalismus). – Die historischen Vorläufer solcher kleiner Inseln und Rettungsboote in der von Franz Oppenheimer und Gustav Landauer angestrebten Gestalt von Siedlungsgenossenschaften erwähnt Wright allerdings nicht. Eine große Rolle spielt in seinem Denken, das in seinem Buch „Reale Utopien“ (Berlin 2017) weiter ausgeführt ist, stattdessen die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

denden Faktoren einer Transformation hin zu einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft lassen sich nur institutionell und damit politisch lösen.“⁶⁴

Beide scheinbar konträren, entweder ‚unten‘ oder ‚oben‘ ansetzenden Sichtweisen haben jeweils ihr Für und Wider und brauchen sich keinesfalls auszuschließen.⁶⁵ Vielmehr können sie sich sinnvoll ergänzen, indem sie die gegenwärtige Zeit sowohl für ein Einüben zukunftsfähiger individueller Lebensstile und Produktionsformen als auch für gedankliche Vorarbeiten an zukunftsfähigen Strukturen und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens nutzen. Keine der beiden Sichtweisen kann für sich den Anspruch erheben, allein zum Ziel einer zweiten Großen Transformation zu führen. Die Wahrscheinlichkeit, dass mehr als die Hälfte der Menschen in absehbarer Zeit einen zukunftsfähigen Lebensstil einüben wird, dürfte nicht höher sein als die Wahrscheinlichkeit einer parlamentarischen Mehrheit für eine Änderung der wirtschaftlichen Grundstrukturen.

Egal, ob man der einen oder der anderen Sichtweise nähersteht oder beide für notwendig hält – die Welt befindet sich in einer Situation der „Verfahrenheit, Sinnlosigkeit und Ausweglosigkeit“, die die Philosophin Hannah Arendt schon während der 1950er Jahre unter dem nachwirkenden Eindruck von Auschwitz und Hiroshima diagnostizierte und auf einen wahrlich großen Gedanken brachte. „Bereits die Entstehung der Erde ... ist ... eine ‚unendliche Unwahrscheinlichkeit‘.“ Deshalb könne man sich „vergegenwärtigen, dass der gesamte Rahmen unserer realen Existenz: die Existenz der Erde, des organischen Lebens auf ihr, das Dasein des Menschengeschlechts auf einer Art Wunder beruht.“ Seit Jahrzehnten hängt das Leben auf der Erde gleichsam an einem seidenen Faden; es ist ebenfalls ein Wunder, dass dieser Faden noch nicht gerissen ist und dass das Leben noch nicht durch einen atomaren Overkill ausgelöscht wurde. Dementsprechend lässt sich mit Hannah Arendt „nur sagen: eine entscheidende Änderung zum Heil kann nur durch eine Art Wunder geschehen.“⁶⁶ Es lässt sich nicht ‚machen‘, weil das Leben unverfügbar ist; aber man kann ihm den Weg durch emanzipatorisches Denken und zeichenhaftes Handeln bereiten.

⁶⁴ Oliver Richters & Andreas Siemoneit (2019), S. 32 – 35 und 155 (Marktwirtschaft vs. Kapitalismus) sowie 156 - 157 und 164 (machtarme Strukturen, institutioneller Wandel). – Der Europäischen Zentralbank ist das Fehlen einer demokratischen Legitimation für ihre Null- und Negativzinspolitik der vergangenen Jahre bewusst geworden, weshalb sie einen Bürgerdialog begonnen hat; vgl. hierzu die Website <https://www.ecb.europa.eu/home/search/review/html/index.de.html> (Zugriff: 12.10.2020). An diesem Bürgerdialog haben sich Matthias Klimpel, Beate Bockting und Prof. Dr. Dirk Lohr seitens der „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) mit einem Brief an die EZB-Präsidentin Christine Lagarde beteiligt. Vgl. Matthias Klimpel & Beate Bockting & Dirk Lohr (2020).

⁶⁵ Die Diskussionen hierüber waren ein ‚Dauerbrenner‘ in der Ringvorlesung bzw. Vortragsreihe zur Postwachstumsökonomie, die ich von 2008 bis 2018 gemeinsam mit Niko Paech, Oliver Richters, Marcel Hackler und Marius Rommel in Oldenburg organisieren konnte. Vgl. hierzu Website <http://www.postwachstumsökonomie.de/vortragsreihe/> - Oliver Richters ist im Herbst 2020 mit dem Hans-Christoph-Binswanger-Preis ausgezeichnet worden.

⁶⁶ Hannah Arendt (1950-1959/2006), S. 82 – 83.

Niemand kann sagen, wie weit der Bau von kleinen Inseln und Rettungsbooten und die gedankliche Arbeit an einer großen politischen Strukturreform noch von einem solchen „Wunder“ entfernt sind. Und dennoch stellen sie schon seine ersten kleinen Keimzellen dar. In diesem Sinne lässt sich hoffen, dass sich nach dem „Wunder“ der friedlichen Revolution im Herbst 1989, bei dem Diktaturen und staatszentralistische Planwirtschaften in kapitalistische Demokratien und Marktwirtschaften übergangen, ein weiteres großes, ebenfalls „unwahrscheinliches Wunder“ ereignen wird, bei dem sich das als Ende der Geschichte missverständene „stahlharte Gehäuse“ (Max Weber) der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und Demokratie doch noch öffnet und in eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ übergeht – und zwar auf einem freiheitlichen, gewaltlos-friedlichen Weg, den auch schon John Maynard Keynes vor Augen hatte, als er wenige Jahre nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise schrieb, dass diese „Ereignisfolge ... nichts Plötzliches sein wird ... und keine Revolution erfordern wird“.⁶⁷

Abschließend sei noch den Fragen nachgegangen, welche Rolle die neuere Transformationsforschung bei der Vorbereitung dieser „Ereignisfolge“ (Keynes) spielt und ob die gegenwärtige Corona-Krise neben mancherlei Gefahren für die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft auch Chancen für einen großen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik mit sich bringen könnte.

14.2 Transformationsforschung zwischen einem ‚Nicht mehr‘ und einem ‚Noch nicht‘

Nach der friedlichen Wende in den mittel- und osteuropäischen Ländern richtete sich die damals neu aufgekommene Transformationsforschung längere Zeit hauptsächlich auf den Übergang von der Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft.⁶⁸ Diese Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa war gewissermaßen eine mit historischer Verspätung nachgeholte Vollendung der ersten „Großen Transformation“ (Karl Polanyi, 1944), die auch die nicht-westliche Welt in die kapitalistische Marktwirtschaft hineinführte. Mittlerweile sucht die neuere Transformationsforschung für die ganze Welt in Nord und Süd, West und Ost nach Wegen in nachhaltige Formen des Wirtschaftens. Bislang hat sie jedoch noch keine aus der kapitalistischen Marktwirtschaft wieder herausführende zweite „Große Transformation“ in eine zweite, andere Moderne mit einer nachkapitalistischen, wieder in soziale Bezüge eingebetteten Marktwirtschaft in den Blick genommen.

Besonders seit dem UN-Klimagipfel 2015 in Paris ist eine betriebs-, regional- und gesamtwirtschaftliche Transformation vom fossil basierten zu einem Ressourcen schonenden und regenerative Energiequellen nutzenden Wirtschaften in den Vordergrund getreten. Dementsprechend und auch im Hinblick auf das Wachstum

⁶⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (evolutionärer wirtschaftspolitischer Gezeitenwechsel).

⁶⁸ Vgl. hierzu exemplarisch Benjamin Benz & Jürgen Boeckh & Ernst-Ulrich Huster (2020).

der Weltbevölkerung mahnen die Vereinten Nationen (UN) in einer „Agenda 2030“ die praktische Umsetzung ihrer „Sustainable Development Goals“ an und sie fordern die Entwicklung von Maßnahmen, die die mit dieser ökonomischen Transformation einhergehenden sozialen Verwerfungen abfedern können.⁶⁹

Die UN-„Agenda 2030“ verband sich in Deutschland mit dem Diskurs über Wechselwirkungen zwischen den Wissenschaften und gesellschaftlichen Veränderungen, den der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) kurz zuvor in einem Gutachten zur „Großen Transformation“ angestoßen hatte. Es wies den Wissenschaften die Aufgabe zu, als „transformativ Wissenschaften“ Wissen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung hervorzubringen. Daraufhin forderten die Ökonomen Uwe Schneidewind und Reinhard Pfriedm die ökonomische Fachwissenschaft in einem Aufruf dazu auf, „neue technologische Lösungen auf der Grundlage natur- und ingenieurwissenschaftlicher Forschung oder neuer Behandlungsmethoden auf der Grundlage medizinischer Forschung“ als „neue Handlungsoptionen“ zu entwickeln und „neue Denkräume für den politischen, gesellschaftlichen und unternehmensbezogenen Diskurs (zu) eröffnen. ... Aber auch durch ökonomische Forschung ermöglichte innovative Finanzmarktinstrumente oder das Aufzeigen neuer gesellschaftlicher und ökonomischer Handlungsmodelle wie einer ‚Sharing Economy‘ fallen hierunter. ... Für eine nachhaltige Entwicklung braucht es daher eine transformative Wirtschaftswissenschaft, die sich ausdrücklich zu ihrem Charakter als ‚Handlungstheorie‘ (Beschorner) und ‚Möglichkeitwissenschaft‘ (Pfriedm) bekennt.“ Als einen „gemeinsamen Wärmestrom für eine bessere Zukunft von Mensch und Natur“ betrachteten Schneidewind, Pfriedm und die Mitunterzeichner ihres Aufrufs die Ökologische Ökonomie, die Nachhaltigkeitsökonomie, die Evolutorische Ökonomie, Ansätze der Commons-Ökonomie von Elinor Ostrom sowie die Genossenschafts-, Gemeinwesen- und Gemeinwohlökonomien, die Postwachstumsökonomie, die Ökonomie des Genug und das Nachhaltigkeitsmanagement. Zum Programm einer „transformativen Wirtschaftswissenschaft“ gehörten für Schneidewind und Pfriedm u.a. die Fragen, „wie bestehende nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster rascher und wirkungsvoller aufgebrochen werden können“, „wie Nachhaltigkeitsziele als integraler Bestandteil der Fiskal-, Verteilungs-, Arbeitszeit- und Außenwirtschaftspolitik konzipiert werden können“ und wie einzelne Unternehmen und Branchen ihre Produktionsziele und -methoden verändern können.⁷⁰

Im Anschluss an das WBGU-Gutachten und an diesen Aufruf vertiefte Schneidewind in seinem ambitionierten Buch „Die Große Transformation“ (2018) das Verständnis von Transformationsprozessen und knüpfte hierbei auch ausdrücklich an Karl Polanyis gleichnamiges Buch an, in dem es um eine Wiedereinbettung der

⁶⁹ Uwe Schneidewind & Reinhard Pfriedm (2016). Zu den „Sustainable Development Goals“ der UN vgl. die Website http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/ (Zugriff: 10.10.2020) Ob die praktische Umsetzung „weltweit im vollen Gange“ ist, wie Entwicklungsminister Gerd Müller im Vorwort zur deutschen Ausgabe schrieb, erscheint allerdings sehr zweifelhaft.

⁷⁰ Uwe Schneidewind & Reinhard Pfriedm (2016).

verselbstständigten Wirtschaft in soziale – und natürliche – Lebenswelten ging.⁷¹ Er entfaltete das Nachhaltigkeitsziel als eine „kulturelle Revolution“ und einen „moralisch-zivilisatorischen Fortschritt“, führte in das „Konzept einer Zukunftskunst“ ein und beschrieb die „Arenen der Großen Transformation“, auf denen jeweils eine große Wende vorstättengehen soll: Landwirtschaft, Energie, Ressourcen, Mobilität, Ernährung und Konsum, Städte und Industrien. „Die letzte Phase einer moralischen Revolution zeigt sich schließlich darin, dass Menschen nicht nur alte Praktiken für falsch und neue für richtig erklären, sondern sie erkennen auch, dass die alten Praktiken etwas Schändliches an sich hatten.“ Schließlich wandte sich Schneidewind den „Akteuren der Großen Transformation“ zu und fragte nach der Bedeutung der „Zukunftskunst“ für die Politik, Unternehmen, Wissenschaften, Zivilgesellschaft und einzelne Pionier/innen.⁷²

Schneidewind ging es darum, „durch Übersetzung der moralischen Intuitionen in ein ethisches Regelsystem, durch innovative Lösungen und Institutionalisierungen den zivilisatorischen Sprung zu stabilisieren und ihm zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen“. Neben neuen Ideen und dem technischen Fortschritt hielt er auch „politische und institutionelle Regelungen“ für erforderlich und es war ihm bewusst, dass eine Nachhaltige Entwicklung nicht nur eine kulturelle und soziale Frage ist, sondern auch eine „Gerechtigkeitsfrage. ... Transformative Kräfte müssen sich mit bestehenden Interessen und sozialen und strukturellen Machtstrukturen auseinandersetzen, die der sozial-ökologischen Transformation im Weg stehen.“⁷³

Wie wichtig es wäre, die „Gerechtigkeitsfrage“ und die Nachhaltigkeitsfrage im Zusammenhang zu sehen und sich im Interesse von beider Lösung mit den bestehenden Machtstrukturen auseinanderzusetzen, unterstrich eine gemeinsame Studie von OXFAM und dem Stockholmer Umweltinstitut „Confronting Carbon Inequality“. Ihr Ergebnis lautete: „Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung waren für mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Emissionen verantwortlich, die zwischen 1990 und 2015 in die Atmosphäre gelangten. Das eine Prozent der Reichsten war in dieser Zeit für 15 Prozent der Emissionen verantwortlich - mehr als alle Bürgerinnen und Bürger der EU und mehr als doppelt so viel wie die ärmste Hälfte der Menschheit (7 Prozent).“⁷⁴ Umso fragwürdiger ist es, dass sich die neuere Transformationsforschung überwiegend auf technische Nachhaltigkeitsziele focussiert und die ökonomischen Machtstrukturen umgeht. So entfernten sich Schneidewind und andere Transformationsforscher bislang noch nicht weit genug von den globalisierten Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Zwar ging Schneidewind der Frage „Was ist eigentlich Kapitalismus?“

⁷¹ Zu Karl Polanyi und seinem Werk vgl. das Kap. 8.5 in diesem Buch.

⁷² Uwe Schneidewind (2018), S. 13 (kulturelle Revolution, Zukunftskunst), 15 (Arenen der Transformation), 23 (moralisch-zivilisatorischer Fortschritt) und 28 (moralische Revolution).

⁷³ Uwe Schneidewind (2018), S. 30 (endgültiger Durchbruch, politische und institutionelle Regelungen) und 34 – 35 (Gerechtigkeitsfrage).

⁷⁴ OXFAM und Umweltinstitut Stockholm (2020).

nach und sah auch, dass „das Akkumulationsprinzip als Garant von Wohlstand und Wohlbefinden ... fragwürdiger“ wird. Aber auf die Rolle des kapitalistischen Geldes als tieferer Antriebskraft der Kapitalakkumulation und -konzentration mit- samt der Vermachtung der Märkte ging er überhaupt nicht ein und definierte „eine Wirtschaftsform als umso kapitalistischer, je mehr Marktwirtschaft und Privat- eigentum das Wirtschaftssystem prägen.“ Im Zusammenhang mit seiner Frage, „ob und in welchem Umfang sich die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung modifizieren und erweitern lassen ... , ohne dass die produktive Grunddynamik eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems dabei verloren geht“, zog Schnei- dewind nicht in Betracht, dass das Geld strukturell verändert werden könnte, um die Marktwirtschaft zu entkapitalisieren und im Sinne von Polanyi in soziale und natürliche Lebenswelten einzubetten. Auch die einer Dekarbonisierung im Wege stehende Tatsache, dass die fossil basierte kapitalistische Marktwirtschaft auf einer besonders in den Grundstoffindustrien sehr hohen Konzentration von Geld- und Realkapital aufgebaut war, berücksichtigte er bislang noch nicht.⁷⁵ Und noch sah er nicht, dass der Übergang in eine nachhaltige und sozial ausgewogene Wirt- schaft neben Veränderungen in Unternehmen und Technologien auch eines öko- nomisch-strukturellen Wechsels von der Kapitalakkumulation und -konzentra- tion hin zu deren Dezentralisierung durch Reformen der Geldordnung, des Bod- en- und Ressourcenrechts sowie der Unternehmensverfassung bedürfte, um eine Ressourcenwende, eine Urbane Wende oder eine Industrielle Wende zu vollbringen und „mittlere Technologien“ (Ernst Friedrich Schumacher) anstelle der bisherigen „Mega-Maschine“ (Lewis Mumford) entstehen zu lassen. Statt den globalen Finanzkapitalismus - weil er „blind gegenüber ökologischen und sozia- len Nebenfolgen ist“ - grundsätzlich in Frage zu stellen, begnügte sich Schnei- dewind damit, seinen „Blick auf die Akteure des Finanzsektors“ zu richten. Die „Zu- kunftskunst in globalisierten Finanzmärkten“ bestehe darin, dass einzelne große Akteure nicht mehr in der Logik des Shareholder Value mitschwimmen, sondern im Sinne der „Divestment-Bewegung“ Entscheidungen treffen, mit denen sie große Weichen in die Richtung von mehr technischer Nachhaltigkeit stellen. Au- ßerdem gelte es, den „Sektor sozialökologischer Alternativfinanzierungen“ mit „Reallaboren“ wie der GLS-Gemeinschaftsbank und anderen alternativen Banken zu stärken. „Alle diese Ansätze können Impulse für die Verringerung von Dys- funktionalitäten des heutigen globalen Kapital- und Finanzsystems leisten.“⁷⁶

Im Übergang vom alten ‚Nicht-Mehr‘ zum neuen ‚Noch-Nicht‘ orientiert sich die Transformationsforschung also noch stärker an realpolitisch-systemimmanenten als an realutopisch-systemtranszendierenden Denkmustern. Erstere haben ge-

⁷⁵ Uwe Schneidewind (2018), S. 68 (Kapitalismus), 69 (Definition des Kapitalismus), 73 (Modifikation und Erweiterung der Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung) und 76 (Akkumulationsprinzip). Siehe auch S. 104 (Reformation statt Revolution), 143 – 154 (Dekarbonisierung) und 279 – 294 (Grundstoffin- dustrien).

⁷⁶ Uwe Schneidewind (2018), S. 413 – 419 (blinder Finanzkapitalismus, Akteure, Divestment, GLS- Bank) und 447 – 451 (Reallabore).

wiss ihre teilweise Berechtigung und dennoch sind sie unzureichend. Die „moralischen Intuitionen“ (Schneidewind) müssten über betriebliches Handeln hinaus auch in einen realutopischen Ausblick auf Auswege aus den bestehenden Machtstrukturen und auf eine strukturell gerechte Ordnung übersetzt werden. Ein solcher Ausblick auf eine „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“ erscheint der Transformationsforschung aber offenbar noch als zu utopisch, ‚nicht anschlussfähig‘, weltfremd, unmodern oder ‚kleinbürgerlich‘. Die ökologischen Grenzen des Wachstums sind jedoch bekanntermaßen unausweichlich und ganz aktuell bestätigen die Hinweise des Teams des Forschungsschiffes „Polarstern“ auf das dramatisch fortschreitende Abschmelzen des arktischen Eises die Auffassung der „Fridays for Future“, dass das Zeitfenster für eine zweite Große Transformation nur noch klein ist und dass keine kostbare Zeit mehr mit Halbheiten vertändelt werden darf.⁷⁷ Deshalb darf die Frage nicht länger verdrängt werden, ob sich resiliente ‚Mischkulturen‘ nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den anderen Bereichen der Wirtschaft vielleicht doch besser auf mono- und oligopolpolfreien Märkten mit vielen dezentralen kleinen und mittleren Unternehmen erreichen lassen als innerhalb der bisherigen, auf Kapitalakkumulation und -konzentration beruhenden ‚fortschrittlichen‘ Großstrukturen.

14.3 Corona-Krise – Ein mit herkömmlichen Mitteln überwindbarer Schock für die Wirtschaft oder auch eine Chance für ein Vorankommen der Transformation?

Im Dezember 2018 klagte die schwedische Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg in einer Rede vor der UN-Klimakonferenz in Kattowitz die Politiker der Industriestaaten an: „Ihr sprecht nur von grünem ewigem Wirtschaftswachstum, weil ihr zu viel Angst habt, unpopulär zu sein. Ihr redet nur davon, mit denselben schlechten Ideen weiterzumachen, die uns in diesen Schlamassel gebracht haben. Selbst wenn es das einzige Vernünftige ist, die Notbremse zu ziehen.“ Und im Januar 2019 wiederholte Greta Thunberg ihre Mahnung vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Unser Haus steht in Flammen. Laut Weltklimarat sind wir weniger als zwölf Jahre von dem Punkt entfernt, an dem wir unsere Fehler nicht mehr korrigieren können. In dieser Zeit müssen beispiellose Veränderungen in allen Aspekten der Gesellschaft erfolgen.“⁷⁸ Die in Davos versammelten Fach-

⁷⁷ Vgl. hierzu den Rundfunkbericht auf der Website

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Expeditionsleiter-Polarstern-Das-Eis-der-Arktis-stirbt,polarstern408.html (Zugriff: 13.10.2020).

⁷⁸ Greta Thunberg (2019), S. 37 – 38 (Notbremse) und 43 (weniger als 12 Jahre). – Eine von den „Fridays for Future“ mit Unterstützung der GLS-Gemeinschaftsbank beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegebene Studie „CO₂-neutral bis 2035“ verzichtet auf eine Diskussion über notwendige Strukturereformen der Wirtschaft. Die „Denkanstöße“, die sie nach eigenem Bekunden geben will, konzentrieren sich auf „zentrale technologische Bausteine“ in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Gebäude sowie auf den Hinweis, dass „damit möglicherweise verbundene Verschärfungen sozialer Ungleichhei-

leute aus Wirtschaft und Politik zeigten sich davon jedoch wenig beeindruckt. Statt die Mahnungen von Klimaforschern und der „Fridays-for-Future“-Bewegung ernst zu nehmen, verstieg sich Thomas Mayer, der frühere Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, sogar zu dem Vorwurf an ihre Initiatorin Greta Thunberg, dass eine von ihr geschürte Angst vor einem Klimawandel in Verbindung mit negativen Zinsen eine wirtschaftliche Rezession heraufbeschwören würde.⁷⁹

Ein Jahr später ist die umweltzerstörerische Wachstumsmaschinerie aus einem ganz anderen Grund in eine schwere Rezession geraten. Was Greta Thunberg und die „Fridays-for-Future“-Bewegung nicht erreichen konnten, nämlich angesichts der drohenden Klimakatastrophe „die Notbremse zu ziehen“, das bewirkte im Frühjahr 2020 die akute Angst vor einer unkontrollierbaren exponentiellen Ausbreitung des Corona-Virus. Während mehrerer Wochen gab es einen weitgehenden Lockdown der ‚Normalität‘ des gesellschaftlichen Lebens. Im Vergleich damit waren die vier autofreien Sonntage während der sog. Ölkrise im Herbst 1973 eine Banalität. Warum waren vor dem Lockdown nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen oder ein wöchentlicher „Veggie-day“ ernsthaft diskutierbar? Und gab bzw. gibt es neben dem Coronavirus keine weiteren Gefahren wie zum Beispiel die Produktion und den Export von Giftstoffen wie Glyphosat oder von Waffen⁸⁰, vor denen das Leben als höchstes Gut zu schützen wäre?

Das Ausmaß der gegenwärtigen Corona-Pandemie und ihrer ökonomischen Folgen geht über die Ausmaße früherer Pandemien wie Sars, Mers und Ebola weit hinaus. Binnen kurzer Zeit hat sich die Corona-Pandemie weltweit verbreitet. Zudem ist sie kein singuläres Ereignis, sondern eine weitere Facette der multiplen ökonomisch-ökologischen und nunmehr auch der medizinisch-sozialen Gesamtkrise. Sie verschärft diese Gesamtkrise noch und dürfte auch nach der Entwicklung von Impfstoffen nicht sofort ausgestanden sein. Außerdem könnte es in Zukunft zu ähnlichen Pandemien kommen.⁸¹ Gewiss bedarf es eines offenen Dialogs in der Gesellschaft und im Parlament über medizinische Aspekte solcher Pandemien und die Angemessenheit von Schutzmaßnahmen – es ist jedoch abwegig, die Gefahren durch solche Pandemien klein zu reden oder darin gar Inszenierungen ‚böser Mächte‘ zu sehen.⁸² Vielmehr verschärfen solche Pandemien

ten und Benachteiligungen vermieden werden müssen“. Vgl. Wuppertal-Institut & Fridays for Future Hrsg (2020), S. 10 (Denkanstöße), 13 (Gefahr zunehmender sozialer Ungleichheiten) und 101 – 104 (zentrale technologische Bausteine).

⁷⁹ Thomas Mayer (2019).

⁸⁰ Vgl. hierzu die Webseiten <https://www.ohne-ruestung-leben.de/ziele/ruestungsexporte-stoppen.html> und <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/ruestungsexporte/> [Zugriffe: 31.10.2020] sowie die einschlägigen Veröffentlichungen von Jürgen Grässlin.

⁸¹ Auf Zusammenhänge zwischen der ökonomisch-ökologischen und der medizinisch-sozialen Krise weist der Umstand hin, dass Pandemien vor allem dort ‚ausbrechen‘, wo die globalisierte Industriegesellschaft viel zu weit in natürliche Lebensräume vorgedrungen ist und/oder wo es eine extreme Armut gibt. Vgl. hierzu Simone Sommer (2020a) und (2020b).

⁸² Vgl. die ARTE-Dokumentation „Corona – Sicherheit contra Freiheit“ am 10.11.2020; auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=ebPB5egg4X4> [Zugriff: 11.11.2020] – Zu den Corona-

die ohnehin schon gefährliche multiple ökonomisch-ökologische Gesamtkrise noch zusätzlich. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Corona-Pandemie nicht nur das Gefahrenpotenzial der multiplen Gesamtkrise noch erhöht oder ob sie vielleicht wegen des zunehmenden Problemdrucks sogar auch Chancen für deren schnellere Lösung mit sich bringen könnte. So witterten während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 sowohl die Anhänger eines Bedingungslosen Grundeinkommens als auch die Befürworter des Helikoptergeldes Morgenluft und auch innerhalb der Geld- und Bodenreformbewegung kamen Überlegungen auf, ob die historische Stunde ihres Beitrags zu einer zweiten „Großen Transformation“ näher rücken könnte.⁸³

Vom Neoliberalismus zur Wiederanerkennung der Notwendigkeit staatlichen Handelns

Die neoliberale Standardökonomie könnte die Corona-Krise als einen externen Schock abtun, der die Überzeugungskraft ihrer Modellwelt in keiner Weise verringere. Jedoch hat schon die Krise auf den internationalen Finanzmärkten vom Herbst 2008 ihre Annahme widerlegt, dass sich selbst überlassene ‚freie‘ Märkte solch große Krisen aus eigener Kraft überwinden könnten. Und bedarf es noch weiterer praktischer Beweise dafür, dass es ein schwerer Fehler in der Ära des Neoliberalismus war, das Gesundheitswesen an wirtschaftlichen Effizienzkriterien auszurichten und sich (nicht nur) bei Medikamenten und Schutzkleidung von weltweiten Lieferketten abhängig zu machen?

Während die große Krise auf den internationalen Finanzmärkten 2008 nur eine Krise einiger durch ‚faule‘ Kredite in Schieflagen geratener Großbanken war, hat die gegenwärtige Corona-Pandemie zu einer Krise der gesamten Realwirtschaft geführt. Der erste Lockdown und seine schrittweise Lockung stellten ein historisch beispielloses gesellschaftliches Großexperiment dar – ebenso wie der zweite, weniger weit gehende ‚Lockdown light‘, der im Herbst 2020 aufgrund erneut steigender Zahlen von Neuinfektionen beschlossen wurde, nachdem sich Politik und Wirtschaft während der Sommermonate schon auf eine wirtschaftliche Kon-

Verschwörungstheorien vgl. Michael Butter (2018) und Katharina Nocun & Pia Lamberty (2020) sowie das Interview mit Pia Lamberty auf der Website <https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/de/interview-mit-Sozialpsychologin-Pia-Lamberty-M-Sc-2008.html> (Zugriff: 24.10.2020).

⁸³ Zum Grundeinkommen vgl. den Aufruf von Werner Rätz (2020). Außerdem sammelte eine Volksinitiative „Hamburg soll Grundeinkommen testen“ mit dem Ziel eines Volksentscheids im Jahr 2021 und eines im Jahr 2023 beginnenden dreijährigen Modellversuchs, bei dem 2000 Hamburger/innen drei Jahre lang ein monatliches Grundeinkommen zwischen 200 und 1300 Euro erhalten sollen. Vgl. dazu Ilka Kreuzträger (2020) und Adrienne Göhler (2020). – Zum BGE in Spanien vgl. Reiner Wandler (2020), S. 9. – Zur Diskussion über das Helikoptergeld beim IWF vgl. Astrid Dörner & Jan Mallien (2020) und zum Helikopter-Geld in Hongkong vgl. Markus Diem Meier (2020). – Vgl. auch die Anmerkung 82 im Kapitel 12 dieses Buches und die Nr. 2/2020 der Zeitschrift „Fairconomy“ mit dem Motto „Corona zum Wandel nutzen!“; aber der Website <https://www.inwo.de/fairconomy/> (Zugriff: 31.10.2020).

solidierung eingestellt hatten. Noch lassen sich die Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie kaum überblicken. Und erst recht werden sie unübersehbar, wenn noch mehr Infektionswellen, andere Pandemien⁸⁴ und die Folgen eines weiteren Aufschubs der Lösung der multiplen ökonomisch-ökologischen Gesamtkrise hinzukommen sollten.

Nach Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten könnte die Wirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie um 5 oder noch mehr Prozent schrumpfen. „Das ist ein deutlich stärkerer Rückgang als derjenige der weltweiten wirtschaftlichen Aktivität in der Finanzkrise 2008/2009.“⁸⁵ Infolgedessen wird die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Rettung der gesamten Realwirtschaft ebenso wie vor Jahren die Notwendigkeit der staatlichen Bankenrettung nirgendwo bestritten. Die besonders die private Nachfrage durch kreditfinanzierte Ersatznachfrage stützenden Rettungsmaßnahmen gehen gegenwärtig noch weit über den Umfang der staatlichen Bankenrettung im Jahr 2008 hinaus. Bislang bewegen sie sich allerdings noch ganz in den herkömmlichen Denkmustern des keynesianischen Deficitspendings. Um sie als kraftvoll und wirkmächtig erscheinen zu lassen, gelten sie gemäß dem Sprachgebrauch des deutschen Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD) als großer „Wumms“.⁸⁶

Gleich einer ‚Ersten Hilfe am Unfallort‘ wurden in Deutschland und anderen Ländern sowie in der EU unmittelbar nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Eiltempo staatliche Kredite in gigantischen Höhen aufgenommen, um die Staaten und die EU in die Lage zu versetzen, das allzu lange unter Kostendruck gesetzte Gesundheitswesen etwas nachzubessern und um den vielen plötzlich in Not geratenen Firmen und Institutionen über diese Krise hinwegzuhelfen. Und als Hilfsprogramm beschloss die Europäische Zentralbank zusätzliche Anleihekäufe in einem gigantischen Umfang.⁸⁷

Als ‚systemrelevant‘ erwiesen sich in der Corona-Krise nicht nur einzelne Großbanken, sondern die ganze Bandbreite der Realwirtschaft von den Großunternehmen bis hin zu unzählig vielen mittleren und kleinen Unternehmen, Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und Geringverdienern, was die Auszahlungen von Hilfgeldern aufwändig machte und auch zu Betrugsversuchen führte. Davon abgesehen waren diese akuten Rettungsmaßnahmen trotz ihres systemimmanenten Charakters notwendig, denn ihre Unterlassung hätte zu einem Kollaps

⁸⁴ Zu möglichen weiteren Pandemien vgl. eine Studie des Weltbiodiversitätsrats IPBES (2020) und die Website <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/117877/Pandemien-werden-in-Zukunft-haeufiger-auftreten> (Zugriff: 31.10.2020).

⁸⁵ Vgl. hierzu das Sondergutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (SVR) zur Corona-Pandemie (2020) und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020) sowie Hanno Beck & Aloys Prinz (2020), S. 34, und Marcel Fratzscher (2020), S. 24 – 28 (Ausbreitung der Pandemie) und 34 – 43 (wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie).

⁸⁶ Olaf Scholz (2020).

⁸⁷ Zu Einzelheiten der Rettungspakete vgl. Hanno Beck & Aloys Prinz (2020), S. 35 – 36. – Zum Corona-Notfall-Paket der EZB vgl. Christine Lagarde (2020).

sämtlicher wirtschaftlicher Strukturen führen können. „Alles wird mobilisiert“, schreibt Daniel Stelter in „Cononomics“, „um eine neue große Depression zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen für die Menschen zu begrenzen.“⁸⁸

Innerhalb der widersprüchlichen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft und der immer noch sozial gespaltenen Gesellschaft handelten die Staaten gleichwohl als dem Druck von wirtschaftlichen Interessengruppen ausgesetzte Rechts- und Machtstaaten. Auf das Marktversagen folgte also keineswegs ein von Schwächen und Versagen freies Handeln der Staaten, auch wenn das „erste Fazit“ der Corona-Rettungsmaßnahmen „im Großen und Ganzen“ nach Einschätzung von Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) „sehr positiv“ ausfiel. „Die Politik hat schnell und mutig reagiert, damit Vertrauen geschaffen, viele Unternehmen zumindest teilweise vor der Insolvenz gerettet und einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert.“ Allerdings bezweifelt Fratzscher, ob das in der Corona-Krise gestärkte Vertrauen der Bevölkerung in die Politik von Dauer sein könne, weil die soziale Ungleichheit in dieser Krise nochmals zugenommen habe.⁸⁹

Sowohl als Nehmer von gigantischen Krediten wie auch als Geber von Rettungsgeldern standen die Staaten - bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen! - vor riesigen hochkomplexen Herausforderungen, die sie nur unvollkommen bewältigten. So konnten sie weder die immensen Kosten der Rettungspakete halbwegs gerecht auf alle unterschiedlich betroffenen Gesellschaftsschichten verteilen, noch konnten sie diese Rettungsgelder allen Betroffenen entsprechend ihrer konkreten Notlagen zugutekommen lassen.

Wie bei früheren Krisen gab es auch jetzt wieder Krisengewinner, die dank ihrer Erfahrungen im Umgang mit Subventionen mehr ‚mitnahmen‘ als ihren tatsächlichen krisenbedingten Zahlungsschwierigkeiten entsprach. Beispielsweise beantragten Autokonzerne wie Daimler, VW und BMW Kurzarbeitergeld, obwohl sie noch finanzielle Reserven hatten, um Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten zu können. Und ebenso gab es Krisenverlierer/innen wie vor allem die Eltern, Alleinerziehenden und Pflegenden. Deren in ihrer Bedeutung immer noch weit unterschätzte, aber dennoch ‚systemrelevante‘ Familien- und Sorgearbeit wurde auch in dieser Krise nicht angemessen gewürdigt.⁹⁰

Die Kosten der Rettungspakete werden letztendlich wieder von der Steuern zahlenden Allgemeinheit (und der nachfolgenden Generation) getragen – also hauptsächlich von denjenigen Teilen der Allgemeinheit, die auch bisher schon mit ihren Lohn- und Einkommensteuern den Löwenanteil zum Staatshaushalt beitragen, während Menschen aus den oberen Schichten und große Unternehmen vielfach die Zahlung entsprechend hoher Steuern vermieden haben. Nach einer

⁸⁸ Daniel Stelter (2020), S. 189.

⁸⁹ Marcel Fratzscher (2020), S. 84 – 92, 117 – 119 und 130 – 135 (Unvollkommenheiten von Märkten und Staaten), hier: S. 91 (erstes Fazit).

⁹⁰ Zu den Schwächen des Corona-Rettungspakets vgl. Sebastian Dullien (2020).

Studie der schweizerischen Großbank UBS und der international agierenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers, die beide der Kapitalismuskritik unverdächtig sind, sind die Vermögen von Superreichen während der Corona-Krise nochmals stark gestiegen: „In Deutschland - der größten europäischen Volkswirtschaft - kommen die 119 Milliardäre auf ein Gesamtvermögen von 595 Milliarden Dollar. Bei der Untersuchung im März 2019 lag diese Summe noch bei 500,9 Milliarden Dollar. ... Covid-19 beschleunigt nun überdurchschnittlich das Vermögenswachstum in den innovationsgetriebenen Bereichen wie dem Technologie- oder Gesundheitssektor und sorgt damit für eine Verschiebung des Vermögens.“ Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam im Herbst 2020 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass „das reichste Prozent der Bevölkerung rund 35 Prozent des Vermögens auf sich vereint“ und dass „die oberen 10 Prozent ... gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens ... besitzen.“⁹¹

Warum sollte es angesichts dieser extremen sozialen Ungleichheit nicht angestrebt werden, mit der realpolitischen Rettung bestehender falscher Wirtschaftsstrukturen vor einem finalen Kollaps auch erste Schritte zu deren Korrektur durch eine ‚gerechtere‘ Verteilung der Kosten der Rettungsmaßnahmen auf alle Bevölkerungsschichten und durch Anreize zu einem ökologischen Umbau der Realwirtschaft zu verbinden?

Erinnert sei daran, dass es in einer ebenfalls sehr schwierigen Lage nach dem Zweiten Weltkrieg möglich war, was nach dem Ersten Weltkrieg mit weitreichenden tragischen Folgen unterblieben war. Damals hatte Silvio Gesell zusätzlich zu einer Geld- und Bodenreform eine einmalige gestaffelte, bis zu 75%ige Vermögensabgabe zur Sanierung der durch den Ersten Weltkrieg ruinierten Staatsfinanzen gefordert. Stattdessen wurden die kriegsbedingten Staatsschulden mittels einer Hyperinflation ‚bereinigt‘, was die Weimarer Republik destabilisierte und weitreichende tragische Folgen nach sich zog.⁹² Auch wenn der Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg noch keineswegs einer gestaffelten, bis zu 75%igen Vermögensabgabe entsprach, so gelang es damit dennoch, die materiellen Folgen des Zweiten Weltkriegs zumindest tendenziell gleichmäßiger auf viele Schultern zu verteilen. Auf diese Weise wurden große Vermögensunterschiede zwischen Reichen und Armen, Einheimischen und Geflüchteten bzw. Vertriebenen wenigstens gemildert. Da die Zahlungen in jährlichen Teilbeträgen über einen längeren Zeitraum gestreckt werden konnten, „entsprach das einer Vermögenssteuer von rund zwei Prozent“ im Jahr. „Das konnte in aller Regel aus den Kapitalerträgen bezahlt werden; die Substanz wurde nicht angegriffen. ... Der Las-

⁹¹ Zur UBS- und PwC-Studie vgl. einen Bericht der ARD-Tagesschau (2020). – Zur DIW-Studie vgl. Carsten Schröder & Charlotte Bartels & Konstantin Göbler & Markus Grabka & Johannes König (2020), S. 512. – Vgl. auch die Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/weniger-millionaere-in-deutschland-laut-studie-zu-vermoegen-a-1276428.html> [Zugriff: 26.10.2020]. Vgl. auch Marcel Fratzscher (2020), S. 119 (zunehmende soziale Polarisierung).

⁹² Silvio Gesell (1919/1991c), S. 277 – 279, und ders. (1921/1992j), S. 305 – 310.

tenausgleich hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland zu Beginn des Nachkriegsbooms eines der egalitärsten Industrieländer weltweit war.“⁹³

Warum also sollte in der gegenwärtigen Krise nicht mindestens so etwas wie ein Pendant zum Lastenausgleichsgesetz von 1952 möglich sein? Als die Partei Die Linke und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken gleich zu Beginn der Corona-Pandemie eine einmalige Corona-Vermögensabgabe ins Gespräch brachten, ließen jedoch die üblichen Abwehrreflexe nicht lange auf sich warten. Auch von Bündnis90/DieGrünen kam keine Unterstützung für diesen Vorschlag.⁹⁴ Dabei belaufen sich die in Deutschland vorhandenen, aber extrem ungleichmäßig verteilten Geldvermögen auf 6,3 Billionen Euro, wovon rund 890 Milliarden Euro liquide auf Konten gehalten werden.⁹⁵ Es ist deshalb unverständlich, weshalb nicht alle Bevölkerungsschichten ihrem jeweiligen Vermögen entsprechend zu den vergleichsweise ‚geringen‘ Kosten der Corona-Rettungspakete herangezogen wurden.

In weiten Teilen der Ökonomie stoßen solche Überlegungen jedoch auf Ablehnung. Zum Beispiel polemisiert Hans-Werner Sinn, der frühere Leiter des IFO-Instituts, gegen den „Wunsch ... , die Reichen zu schröpfen“, und findet ihn „ein wenig einfältig“.⁹⁶ Nur die „Memorandum-Gruppe“, die den Jahresgutachten des Sachverständigenrats schon seit vielen Jahren Alternativgutachten gegenüberstellt, plädiert für eine nicht nur am Geld-, sondern am gesamten Geld- und Immobilienvermögen anknüpfende „einmalige Vermögensabgabe in einen solidarischen Corona-Fonds. ... Vergleichbar mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 sollte der Corona-Solidarfonds auf mindestens 30 Jahre angelegt werden. ... Im Sinne der Gleichbehandlung wird die Vermögensabgabe ohne Unterschiede auf das Realvermögen (also auch auf Immobilien) und das Geldvermögen erhoben. Wichtigste Zielgruppe dieser Abgabe sind die privaten Haushalte in der Spitzengruppe der Reichen.“⁹⁷

⁹³ Zum Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Lutz Wiegand (1992) und Moritz Schularick (2020), S. 23.

⁹⁴ Zur Position der Linken vgl. Fabio De Masi (2020). – Zum Vorschlag der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken vgl. die Webseiten

<https://spd.berlin/magazin/aktuelles/vermoegenssteuer/>

https://www.deutschlandfunk.de/spd-esken-forderung-nach-vermoegensabgabe-loest-debatte-aus.1939.de.html?drn:news_id=1116636

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/lastenausgleich-coronavirus-vermoegensabgabe-saskia-esken-spd>

Zum Schweigen der Grünen vgl. die Website <https://taz.de/Die-steile-These!/5675232/> (Zugriffe: 20.4.2020).

⁹⁵ Deutsche Bundesbank (2020) und Philipp Frohn (2019) (Angaben über Geldvermögen in Deutschland).

⁹⁶ Hans-Werner Sinn (2020), S. 162.

⁹⁷ Zur Position der Memorandum-Gruppe zur Corona-Pandemie vgl. Rudolf Hickel & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020a) und Rudolf Hickel & Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2020b). – Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW setzte sich bereits 2012 für eine solche Vermögensabgabe ein; vgl. dazu das DIW & Stefan Bach (2012) und die Website

<https://www.immobilien-zeitung.de/1000009763/diw-fordert-vermoegensabgabe-zur-staatssanierung> (Zugriff: 3.11.2020).

Die Frage, ob die Corona-Rettungspakete überwiegend von der Steuern zahlenden Allgemeinheit bezahlt werden oder ob sich auch Reiche und Superreiche entsprechend ihrer 'Leistungsfähigkeit' an den Kosten beteiligen, stellt sich auch auf europäischer und globaler Ebene⁹⁸ und sie dürfte eher eine Frage des politischen Willens als eine Frage des wirtschaftlichen Könnens sein. Noch weit entfernt von echter struktureller wirtschaftlicher Gerechtigkeit geht es bei ihr nur erst darum, ob die Finanzierung der Corona-Rettungspakete mehr oder weniger ungerecht ausgestaltet wird. Aufgrund der Komplexität der sozialen Spaltung der Gesellschaft werden sich die Schäden durch die Corona-Pandemie ohnehin nicht völlig 'gerecht' ausgleichen lassen. Vorerst geht es nur darum sichtbar zu machen, ob alle in einem Boot sitzenden Menschen bereit sind, die große Krise gleichsam in einem symbolischen Akt wie beim früheren Lastenausgleich halbwegs solidarisch zu bewältigen, was ein Zeichen einer Gewinnung von mehr Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber der wirtschaftlichen Macht wäre – oder ob sie es nicht sind. Letzteres wäre im Hinblick auf die noch viel größeren Herausforderungen durch die multiple ökonomisch-ökologische Gesamtkrise ein schlechtes Omen.⁹⁹

⁹⁸ Zum europäischen Corona-Rettungspaket vgl. die Website <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-eu-gipfel-einigung-bruessel-100.html> (Zugriff: 25.10.2020). – Stefan Reinecke & Christian Jakob (2020), S. 3. Demnach zahlen die 85 ärmsten Länder der Welt derzeit etwa 10 Mrd. US-Dollar an private Gläubiger und 18 Mrd. US-Dollar an Staaten des globalen Nordens sowie 12 Mrd. US-Dollar an den IWF und die Weltbank. Vgl. auch die OXFAM-Studie „Gerechte Wege aus der Corona-Krise“ (2020b). – Unter Berufung auf eine Studie des „Tax Justice Network“ berichtet Ulrike Herrmann, dass multinationale Konzerne weltweit in den letzten Jahren jährlich mehr als 427 Milliarden US-Dollar in Steueroasen versteckt haben, um sie nicht versteuern zu müssen; vgl. Ulrike Herrmann, 427 Milliarden fehlen bei den Steuern, in: taz vom 13.11.2020, S. 8.

⁹⁹ Auffällig ist übrigens, dass der im Bundeshaushalt für das Gesundheitswesen im Jahr 2020 vorgesehene Etat in Höhe von 15,33 Mrd. Euro nur einem Drittel des für die Verteidigung bzw. Rüstung vorgesehenen Etats in Höhe von 44,92 Mrd. Euro entspricht. Und der finanzielle Schaden, der dem deutschen Staat während mehrerer Jahre durch kriminelle Cum-Ex-Steuerbetrügereien entstanden ist, belief sich auf deutlich mehr als 10 Mrd. Euro, also auf eine Größenordnung, die annähernd dem Gesundheitsetat eines ganzen Jahres entsprechen könnte. Vgl. dazu Sören Christian Reimer (2019), S. 3 (Haushalt 2020). – Zu den Cum-Ex-Machenschaften, die nur mit vergleichsweise geringen Geld- und mit Bewährungsstrafen geahndet wurden, vgl. Bündnis90/DieGrünen (2020) und einen Medienbericht über den Cum-Ex-Prozess auf der Website <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/cum-ex-urteil-in-bonn-gericht-haelt-geschaefte-fuer-straftbar-a-352e1d30-fe93-4262-bdaa-fd3764f3d697> (Zugriff: 24.4.2020). – Nach Angaben von Christoph Spengel, einem Steuerexperten an der Universität Mannheim, ist dem deutschen Fiskus während der Jahre 2001 bis 2016 ein gesamter Schaden von knapp 32 Milliarden Euro entstanden. „In Frankreich soll ein Schaden von mindestens 17 Milliarden Euro, in Italien von 4,5 Milliarden und in Dänemark von 1,7 Milliarden Euro entstanden sein. Europaweit summiert sich der Schaden auf über 55 Milliarden Euro, wenn man weitere undurchsichtige Steuerkonstruktionen hinzuzählt.“ Vgl. dazu die Websites <https://www.dw.com/de/cum-ex-aktiengesch%C3%A4fte-steuerbetrug-in-gigantischem-ausma%C3%9F/a-50266743> und <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw05-de-cum-ex-677970> (Zugriffe am 10.4.2020).

Der Historiker Heinrich August Winkler geht davon aus, dass die Kosten der Bewältigung der Corona-Pandemie die Kosten der deutschen Wiedervereinigung noch deutlich übersteigen werden. „Deutschland wird um eine Umverteilung großen Stils nicht herumkommen - einen Lastenausgleich zwischen denen, die unter den materiellen Folgen dieser Krise weniger zu leiden haben als die, deren berufliche Existenz auf dem Spiel steht.“¹⁰⁰ Unter dem Eindruck des zweiten Lockdowns im November 2020 bringt die Partei Die Linke gerade wieder ein vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgerechnetes Konzept für eine Vermögensabgabe ins Gespräch.¹⁰¹

Unabhängig davon, ob die 2020er Corona-Rettungspakete in ihrer bisherigen oder in einer solidarischeren Weise finanziert werden, bleiben sie noch weitgehend im Rahmen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten systemimmanenten Strategie der Krisenbewältigung. Und es wäre auch gewiss noch kein grundlegender Systemwandel, wenn bei der Vergabe von Geldern aus den Rettungspaketen stärker auf eine Umweltverträglichkeit der geretteten Produktionsstrukturen geachtet würde, wenn also zukunftsweisende Produktionen in kleinen und mittleren Unternehmen mehr unterstützt würden als die fossil basierte Produktion bis hin zur Herstellung von SUVs, Kreuzfahrtschiffen und Flugzeugen. Auch wenn die staatlichen Rettungspakete richtiger Weise keine Abwrackprämien für Autos enthalten, so profitieren von der (zeitlich befristeten) Senkung der Mehrwertsteuer alle Unternehmen - unabhängig davon, ob sie umweltzerstörerisch produzieren oder ob sie sich bereits um einen ökologischen Wandel ihrer Produktionsverfahren bemühen. Mit ökologischen Auflagen, die angesichts der fortschreitenden Erderwärmung dringend geboten wären, sind die Rettungspakete noch nicht verbunden. Angesichts riesiger Waldbrände von den USA bis Sibirien, extremer Trockenperioden in Europa, Heuschreckenplagen in Afrika und gigantischer Überschwemmungen in Asien ist es unverantwortlich, dass sich Hans-Werner Sinn in der Corona-Krise schützend vor die Autoindustrie stellte und obendrein noch glaubte, „dass wir uns die Zerstörung einer funktionierenden und klimaneutralen Energieproduktion durch Kernkraft eigentlich nicht erlauben können.“¹⁰²

Sehr fraglich ist im Übrigen auch, ob der große Schub, den die Digitalisierung während der Corona-Krise durch das Arbeiten im Homeoffice mit Konferenzschaltungen, durch Online-Bildungsangebote und durch den Online-Handel erhält, auf längere Sicht wirklich in eine gute Richtung führt. Bei allen praktischen Erleichte-

¹⁰⁰ Heinrich August Winkler (2020).

¹⁰¹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW und Daniel Pokraka (2020).

¹⁰² Hans-Werner Sinn (2020), S. 113 – 125 (Autoindustrie) und 126 – 134 (Energiewirtschaft, hier: S. 130 (Plädoyer für die Atomenergie)).

rungen während der Krise wird auf diese Weise die problematische Macht der großen Internet-Konzerne nochmals enorm gestärkt.¹⁰³

Von der bloßen Rettung falscher Wirtschaftsstrukturen zur vorübergehenden Doppelstrategie von systemimmanenter und systemtranszendierender Krisenbekämpfung bis zur ordnungspolitischen Grundsanierung der Wirtschaftsstrukturen

Bei der Frage, ob zusätzlich zu den ‚normalen‘ Steuergeldern noch eine Corona-Vermögensabgabe, europäische Corona-Bonds und auf globaler Ebene eine Tobin-Steuer zur Finanzierung von deutschen, europäischen und weltweiten Rettungspaketen herangezogen werden oder nicht, geht es um nicht weniger als um eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, in Europa und in der Welt. Jedoch geht es bei der vielleicht noch solidarischeren Finanzierung der Corona-Rettungsmaßnahmen noch nicht um eine Transformation der monopolkapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft in eine monopolfreie „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Ähnlich wie die während der 1930er Jahre vom damaligen US-Präsidenten Roosevelt betriebene Politik des New Deal oder wie der Lastenausgleich in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg würden etwaige weitergehende Umverteilungsmaßnahmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt tendenziell festigen, aber sie würden noch nicht an den als sozialer Spaltpilz wirkenden Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft rütteln. Da die Möglichkeiten einer solidarischeren Finanzierung der Corona-Rettungsmaßnahmen noch nicht ausgeschöpft wurden, bleibt vorläufig offen, ob der Anteil der Corona-Krise an der multiplen Gesamtkrise der kapitalistischen Gesellschaften schon ein Meilenstein am Weg zu ihrer zweiten „Großen Transformation“ ist. Aufgrund früherer Erfahrungen mit großen Kriegen, Pandemien und der Weltfinanzkrise von 2008 ist eher zu befürchten, dass das Beharrungsvermögen falscher Strukturen auch weiterhin stark sein wird. Bleiben sie noch längere Zeit bestehen, wäre die Corona-Pandemie aus späterer Sicht keine historische Zäsur, sondern nur eine Zwischenstation auf einem Weg, der weiter in eine falsche Richtung führt.

In modifizierter Form knüpft auch die neuere „Modern Monetary Theory“ (MMT) nur an die Tradition des keynesianischen Deficitspendings an und bleibt damit bei einer Umgehung des Grundproblems der sozialen Ungleichheit in der kapitalistischen Marktwirtschaft. In ihrer Darstellung der Entwicklung der MMT erinnert die US-amerikanische Ökonomin Stephanie Kelton daran, dass es die Überlegung, die private Nachfrageschwäche durch staatliche Ersatznachfrage auszugleichen, ansatzweise schon bei Keynes in „Vom Gelde“ (1930) und danach auch

¹⁰³ Zur Macht der Internetkonzerne vgl. die ARTE-Dokumentationen „Überwachung Total“ und „Überwachung – 7 Milliarden im Visier“ auf den Websites <https://www.youtube.com/watch?v=Uf-9Ah-pq2I> und <https://www.youtube.com/watch?v=ubePmAtsBsQ> (Zugriffe: 21.4.2020).

bei Abba Lerner gegeben habe. Dass sich Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ neben dem kurzfristigen Deficitpending auch mit einer mittel- und langfristigen Reform der Geldordnung beschäftigt hat, lässt Kelton unerwähnt.¹⁰⁴ In den 1990er Jahren habe dann der Finanzinvestor Warren Mosler der Entwicklung der MMT mit seinem Buch „Soft Currency Economics“ wichtige Impulse gegeben.¹⁰⁵ In ihrem Kern ist die MMT für Kelton eine wissenschaftlich fundierte Empfehlung an die Politik, der Fiskalpolitik einen eindeutigen Vorrang vor der Geldpolitik einzuräumen. „MMT urges us to demote monetary policy – at least in its current form – and elevate fiscal policy as the primary tool for macroeconomic stabilization.“ Damit werde auch ein Green New Deal möglich, also ein Umbau der Wirtschaft zu einer nachhaltigen und dekarbonisierten „people’s economy“.¹⁰⁶

Statt im Sinne von Keynes einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel“ mit einer anderen als der „current form“ der Geldpolitik anzugehen¹⁰⁷, vermeidet die MMT Diskussionen über eine Änderung der Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft und eine Überwindung der sozialen Ungleichheit. Auch in ihren Bezugnahmen auf den US-amerikanischen Ökonomen William Vickrey umgeht Kelton dessen Plädoyer für eine Bodenwertsteuer à la Henry George.¹⁰⁸ Letztlich beschränkt sich die MMT im Hinblick auf die Überwindung der gegenwärtigen Krise und den Umbau der bestehenden Wirtschaft zu einer „people’s economy“ auf die Forderung nach einer höheren Verschuldung des Staates am Kapitalmarkt, d.h. bei den Vermögenden.¹⁰⁹ Besonders in Zeiten mit Null- und Negativzinsen könne der Staat weitere hohe Schulden aufnehmen, denn bei deren späterer Fälligkeit könnten günstig neue Kredite aufgenommen werden. Doch warum sollten dann nicht gleich noch mehr Schulden aufgenommen werden, um zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen für Ärzt/innen und Pfleger/innen in den überlasteten Kliniken zu finanzieren? Was ist, wenn schon vor dem Beginn der langfristigen Tilgung der für die Bewältigung der Corona-Krise aufgenommenen Staatsschulden noch weitere Kredite vom Staat aufgenommen werden müssen, um die wirtschaftlichen Folgen des zweiten Lockdowns im Herbst 2020/2021 abfedern zu können? Können wirklich noch beliebig viele Staatsschulden aufgenommen werden?

¹⁰⁴ Stephanie Kelton (2020), S. 23 – 24 und 56 (Keynes) sowie 60 – 63 (Lerner). Zu Lerner vgl. auch S. 55, 77 und 81 im Kap. 8 dieses Buches. – John Maynard Keynes (1936/1976), S. 110 (Deficitpending). – Auch in Keltons Ausführungen zum System von Bretton Woods (S. 140 – 141) fehlt übrigens ein Hinweis, dass Keynes dort ursprünglich eine Alternative zum dort 1944 beschlossenen Bretton-Woods-System anstrebte.

¹⁰⁵ Stephanie Kelton (2020), S. 23 – 24 (Warren Mosler’s Buch „Soft Currency Economics“).

¹⁰⁶ Stephanie Kelton (2020), S. 234 – 237, hier: S. 236 (Fiskal- statt Geldpolitik), und 259 – 263 (nachhaltige und dekarbonisierte „people’s economy“).

¹⁰⁷ John Maynard Keynes (1936/1976), S. 317 (vorübergehende Rentnerseite des Kapitalismus und Gezeitenwechsel).

¹⁰⁸ Stephanie Kelton (2020), S. 57, 67 und 126 (Vickrey). – William Vickrey (1999) und (2001).

¹⁰⁹ Zur MMT und ihrer Rolle in der Corona-Krise vgl. Dirk Ehnts (2017) und (2020) sowie die Website <https://forum-geldpolitik.ch/medienspiegel/category/MMT> (Zugriff: 1.11.2020).

Nicht ohne Grund mehren sich warnende Stimmen wie diejenige von Daniel Stelter und Stephan Kaufmann, die bezweifeln, dass sich die Welt auf Dauer gleichsam sintflutartig mit billigem Geld fluten lässt. Stelter zufolge war die globale Verschuldung im Herbst 2019 mit 253 Billionen US-Dollar auf ein „Allzeithoch von 322 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts“ gestiegen. Infolge der Corona-Pandemie stieg die weltweite Verschuldung nochmals rasant an. Im Frühjahr 2020 erreichten sie nach Angaben von Stephan Kaufmann unter Berufung auf Zahlen des Instituts of International Finance (IIF) mit 330 Prozent der Wirtschaftsleistung einen Rekordwert. „Um ihre Wirtschaften am Laufen zu halten, nehmen die Regierungen rund um die Welt Billionen neue Schulden auf. Das Geld überweisen sie an Unternehmen, Banken und private Haushalte; sie verhindern Massenpleiten, Entlassungen und ersetzen Lohninbußen. Das wirft die Frage auf: Wie lange kann das gutgehen, wer muss am Ende für die Schulden geradestehen?“¹¹⁰

Sollte es für die Staaten und die EU und für deren Zentralbanken kein anderes Mittel zur Bekämpfung der Corona- und anderer Krisen geben, als sich mit immer noch mehr horrenden Kreditaufnahmen bei den Vermögenden zu verschulden, immer noch mehr Riesenmengen von Anleihen aufzukaufen und mit alledem die zukünftigen Generationen immer noch mehr zu belasten? Eine stärkere Umverteilung durch höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern, die der französische Ökonom Thomas Piketty schon vor der Corona-Krise forderte¹¹¹, oder durch eine Corona-Vermögensabgabe gemäß den Vorstellungen der „Memorandum“-Gruppe würden das System der kapitalistischen Marktwirtschaft zwar nur erst modifizieren, aber sie könnten ähnlich wie der New Deal während der 1930er Jahre in den USA dazu beitragen, dass sich nicht nur immer noch mehr Vermögen einerseits und (Staats-)Schulden andererseits auftürmen und das Gesamtsystem destabilisieren.

Bei aller Sympathie hierfür gibt Dirk Lühr jedoch auch eine sehr hohe „Komplexität bei der Vermögensbewertung“ zu bedenken. Deshalb verweist er darauf, dass es neben den Eigentümern von Geld- und Produktivvermögen in ganz besonderem Maße die Eigentümer von Immobilienvermögen sind, die zu einer angemessenen Beteiligung an den Folgekosten der Corona-Pandemie herangezogen werden könnten. „Gesamtwirtschaftlich sind Immobilien der mit Abstand wichtigste Vermögenswert – sie machen ca. 87 % des volkswirtschaftlichen Sachvermögens aus.“ Sehr viel mehr noch als die Gebäudewerte sind besonders die Bodenwerte als Nachwirkung der Finanzkrise von 2008 und der Negativzinsentwicklung explosionsartig gestiegen. Im Bereich der leistungslosen Vermögenseinkünfte findet seit mehreren Jahren eine große Umschichtung von sinkenden Zinsen zu steigenden Bodenrenten statt. Weil die lange Zeit übersehene Bedeutung des Produktionsfaktors Boden als „Umverteilungsmaschine“ nach 2008 enorm gestiegen ist,

¹¹⁰ Daniel Stelter (2020), S. 16 – 19 und 108 sowie Stephan Kaufmann (2020).

¹¹¹ Thomas Piketty (2013/2014).

schlägt Löhr vor, „die Bodenerträge zur Finanzierung der Folgelasten der Corona-Krise wenigstens für einen begrenzten Zeitraum über eine solidarische Bodenwertabgabe abzuschöpfen. Durch einen solchen ‚Boden-Soli‘ wird aufgrund der o.a. dargestellten typischen Finanzierungs constellation primär das Eigenkapital der Immobilieneigentümer herangezogen. Eine Belastung von Arbeit und Investitionen sowie des Verbrauchs, welche die wirtschaftliche Erholung bremsen könnten, wäre hingegen für die wirtschaftliche Erholung kontraproduktiv.“¹¹²

Ähnlich wie schon während der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929 und der großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise ab 2008 wäre es auch jetzt in der Corona-Krise wieder notwendig – erst recht, wenn es zu weiteren Lockdowns kommen sollte – zusätzlich zu den kurzfristig realpolitisch mit staatlicher Kreditaufnahme finanzierten Rettungspaketen deren Finanzierung im Sinne der Vorschläge der „Memorandum“-Gruppe sowie von Piketty und Löhr auf eine breitere Grundlage zu stellen. Und als mittelfristige Rettungsmaßnahme sollte auch die schon von John Maynard Keynes ernsthaft erwogene Geld(und Boden)reform stärker in den Blick genommen werden – sie könnte nämlich ohne fortwährende Kreditaufnahmen der Staaten und ohne Anleihekäufe der Zentralbanken auskommen und sie könnte – da sie eine Korrektur der ungerechten Verteilung einleitet – sogar die Staatsverschuldung auf längere Sicht abbauen, ohne zugleich eine Austeritätspolitik betreiben oder das Wachstum der Wirtschaft befeuern zu müssen.

Zusätzlich zu den aktuellen Corona-Rettungsmaßnahmen könnten eine einmalige Corona-Vermögensabgabe gemäß den Vorschlägen der „Memorandum“-Gruppe und die von Piketty geforderten dauerhaft höheren Vermögens- und Erbschaftssteuern eine deutliche Reduktion der Staatsschulden und der Anleihekäufe ermöglichen. Parallel zu diesen realpolitisch-systemimmanenten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung könnte ein zunächst vielleicht nur zeitlich befristeter „Boden-Soli“ (Löhr) diese Maßnahmen um eine erste systemtranszendierende Maßnahme erweitern. Darüber hinaus könnte ein solcher „Boden-Soli“ zu einem Einstieg in eine dauerhafte Bodenwertsteuer werden.¹¹³

Ein zweites systemtranszendierendes, transformatives Element von Corona-Rettungsmaßnahmen könnte eine zunächst vielleicht auch nur zeitlich befristete Erprobung der Geldreform sein. So schlägt Roger Svensson von der Schwedischen Riksbank als Alternative zum Helikoptergeld eine vorübergehende Herausgabe

¹¹² Dirk Löhr (2020a). – Vgl. auch ders. (2018), S. 3 – 19, und Dirk Löhr & Norbert Olah & Thomas Huth (2020).

¹¹³ Bedauerlicherweise bezweifelt ausgerechnet Piketty die auf Henry George fußende Bodenwertsteuer, „weil es praktisch unmöglich ist, den reinen Wert des Bodens von den vielfältigen Verbesserungen und Aufwertungen im Laufe der Zeit zu trennen.“ Vgl. Thomas Piketty (2019/2020), S. 705 -706. Ansonsten ist bemerkenswert, dass auch Piketty Wege von der „Hyperkonzentration des Vermögens“ (S. 856 – 861) zu einer „Eigentumsstreuung und allgemeinen Kapitalausstattung“ (S. 1202 – 1205) einschließlich einer „progressiven Eigentums- und Erbschaftsteuer auf das gesamte Vermögen ...“, d.h. auf den Wert ausnahmslos aller Immobilien-, Gewerbe- und Finanzvermögen, abzüglich Schulden“ (S. 1212 – 1213) sucht.

von „Gesell-Geld“ parallel zur schwedischen Krone vor: „Zum Beispiel könnte jede erwachsene Person 10.000 Schwedische Kronen und jedes Kind 5.000 Schwedische Kronen Gesell-Geld auf einem speziellen Konto erhalten, das mit einer digitalen Karte verbunden ist. In jeder neuen Woche, die beginnt, wird der Wert des verbleibenden Geldes auf dem Konto automatisch um zwei oder drei Prozent reduziert. ... Das Geld wäre in erster Linie im Einzelhandel und privaten Dienstleistungssektor gültig, im begrenzten Umfang im Lebensmittelhandel, aber definitiv nicht verwendbar für Investitionen an der Börse oder in Immobilien.“¹¹⁴



Abb.: „Gesell-Geld“ nach Roger Svensson

aus: Fairconomy Nr. 2/2020, S. 3. | ©Mediengestalter/pixabay.com/Christinav.Puttkamer

Wäre die von Svensson vorgesehene Menge von „Gesell-Geld“ ausreichend, um genügend aussagekräftige Informationen über dessen Wirkung zu bekommen? Umgekehrt dürften die „künstlichen Durchhaltekosten“ dieses Parallelgeldes mit zwei bis drei Prozent pro Woche viel zu hoch bemessen sein. Der Wert dieses Parallelgeldes könnte Svensson zufolge „nach 50 bis 100 Wochen (abhängig vom Steuersatz) auf null gehen und es würde wieder aus der Wirtschaft verschwinden.“ Während dieser Zeit lasse sich die Wirtschaft stabilisieren und danach allein mit der ‚normalen‘ Währung weiterbetreiben.¹¹⁵

Ein Vorteil einer solchen Testphase als Parallelgeld wäre es, dass sich die nachfragestabilisierende Wirkung des „Gesell-Geldes“ ohne einen abrupten Wechsel des gesamten Geldsystems gleichsam in einem „Reallabor“ (Schneidewind) prak-

¹¹⁴ Roger Svensson (2020), S. 3. – Auch bei dem legendären Freigeldexperiment in Wörgl/Tirol (1932/33) liefen die mit „künstlichen Durchhaltekosten“ ausgestatteten „Arbeitswertbestätigungen“ parallel zum österreichischen Schilling um.

¹¹⁵ Roger Svensson (2020), S. 3. - Vgl. auch Willem Buiter „The Strikes against the FED“ auf der Website <https://voxeu.org/article/three-strikes-against-fed> (Zugriff: 27.10.2020).

tisch erproben ließe. Von Nachteil könnte für die Aussagekraft eines solchen Versuchs sein, dass die Nachfrageschwäche der offiziellen Landeswährung unterdessen weiterbesteht und nach dem Ende der Laufzeit des „Gesell-Geldes“ wieder deutlicher hervortritt. In einer solchen Testphase wäre es auch noch nicht möglich, die gesamte Geldmenge – statt sie weiter aufzublähen – behutsam in eine stetige Bewegung zu versetzen und sie dabei nach und nach zu verringern und stabilitätsgerecht an die Realwirtschaft anzupassen, und zwar auch dann, wenn die Realwirtschaft nicht mehr wächst, sondern stagniert oder schrumpft und dadurch die Natur schont. Gerade eine solche Verstetigung der gesamten Geldmenge und ihre exakte Mengensteuerung wären jedoch notwendig, weil die von Staaten und Zentralbanken geschaffene Ersatznachfrage erfahrungsgemäß ebenso wie die private Nachfrage nicht zuverlässig nachfragewirksam wird und vielfach in Vorsichts- und Spekulationskassen versickert. Gemäß einer im Auftrag der ING Deutschland von der Barkow Consulting durchgeführten Studie hat die ohnehin schon erhebliche Hortung von Bargeld in der Corona-Krise nochmals deutlich zugenommen. „In der gesamten Eurozone betrug das Plus acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von diesem entfallen laut Studie rund 20 Prozent oder sechs Milliarden Euro allein auf deutsche Privathaushalte. Dabei hatten deutsche Verbraucher bereits Ende 2019 insgesamt 253 Milliarden Euro als Bargeld zuhause. Das ist ein Anstieg von 31 Milliarden Euro gegenüber 2018. Durchschnittlich hat demnach jeder Deutsche daheim mehr als 3.000 Euro auf dem Schrank oder unter dem Kopfkissen.“ Hinzu kommt die in der Krise erhöhte Nachfrageschwäche vieler Unternehmen.¹¹⁶

Abgesehen von den Details könnte ein solches „Gesell-Geld“ auf den ersten Blick als Banalität erscheinen. Und dennoch – es geht dabei, wie es Gesell schon im Vorwort zu einem seiner frühen Werke ausdrückte, um die Überwindung des „völlig anormalen, ungesunden Zustands“, in dem „die Zirkulation des Geldes von der wankelmütigen Phantasie Privater, von der Laune und Gewinnsucht der Spekulatoren“ abhängt. Letztlich geht es um die „Herstellung völliger Parität zwischen Ware und Geld“ bzw. zwischen der Geld- und Realwirtschaft durch den Staat, m.a.W. um das Allerwichtigste im wirtschaftlichen und sozialen Leben: nämlich um eine Vernetzung aller Menschen zu einem egalitären gesellschaftlichen Ganzen.¹¹⁷

Trotz der großen Sympathien, die John Maynard Keynes als berühmtester Ökonom des 20. Jahrhunderts für Gesell als Angehörigen der „Unterwelt der Ökonomie“ und dessen Geldreformansatz hegte, steckt dessen wirtschaftswissenschaftliche Rezeption immer noch in ihren Anfängen. Die Lage, in der sich Keynes nach dem Beginn der ersten großen Weltwirtschaftskrise im Laufe der 1930er Jahre

¹¹⁶ Angelika Breinich-Schilly (2020). – Vgl. auch Georg Meck (2020) und einen Bericht in der ARD-Tagesschau auf der Website <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/deutsche-ersparnisse-ausland-103.html> (Zugriff: 26.10.2020). – Vgl. hierzu auch das Kap. 12.7.4 in diesem Buch.

¹¹⁷ Silvio Gesell (1897/1988), S. 22 – 24.

befand, ähnelt in gewisser Hinsicht der Lage, in der sich auch heutige Ökonomen befinden. Damals erkannte Keynes die Notwendigkeit einer Strukturreform des Geldes und empfahl nur deshalb ihren kurzfristigen Ersatz durch das Deficit-spending, weil es noch keine in großem Stil anwendbare praktische Methode für die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ gab. Weil seine Nachfolger die Geldreform aus den Augen verloren und allein auf das Deficit-spending setzten, gerieten die Staaten in eine Überschuldung, was dazu führte, dass auf die keynesianische Revolution eine monetaristisch-neoliberale Gegenrevolution folgte. Nachdem deren Glauben an die Selbstheilungskräfte von kapitalistischen Märkten durch weitere große Krisen erschüttert wurde, befürworteten derzeit viele Ökonomen wieder nur das Deficit-spending und das Quantitative Easing als zweitbeste Mittel der Krisenbekämpfung, obwohl die damit „gekaufte Zeit“ (Wolfgang Streek¹¹⁸) intensiv für die Entwicklung praktisch umsetzbarer Methoden der Geldreform genutzt werden sollte.

Immerhin ist dieser Reformansatz während der vergangenen 20 Jahre nach und nach bei angelsächsischen Geldtheoretikern und sogar auf höchster Ebene der Zentralbanken diskutierbar geworden.¹¹⁹ Nachdem es zunächst große Befürchtungen gab, dass die Weltwirtschaft wie in Japan in eine Deflation abgleiten könnte, nimmt gegenwärtig die Sorge zu, dass die gigantische Staatsverschuldung irgendwann zu einer großen Inflation führen könnte und/oder dass die bislang durch Kurzarbeitergeld eingedämmte Arbeitslosigkeit massiv ansteigen könnte. So geht der US-amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff auch während der Corona-Krise wieder mit der Überlegung voran, dass noch tiefere Negativzinsen, d.h. die schon von Gesell und Keynes empfohlenen „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ in Höhe von etwa 5 Prozent im Jahr, ein Ausweg aus der nicht nur Corona-bedingten Wirtschaftskrise sein könnten. Allerdings lässt Rogoff an dieser Stelle offen, welche Rolle das Bargeld weiterhin spielen könnte. Davon abgesehen könnte ihm zufolge in einer „postpandemischen Welt“ mit einer „Covid-Coin ... eine Umstellung auf digitale Währungen die Einführung stark negativer Zinsen erleichtern, die, wie ich seit Jahren argumentiere, viel dazu beitragen würden, die Wirksamkeit der Geldpolitik in Krisen wiederherzustellen.“ Nicht zuletzt geht es Rogoff auch darum, dass die westlichen Zentralbanken im Wettlauf mit der vom Facebook-Konzern geplanten „Libra“-Kryptowährung und mit einer Digitalwährung der chinesischen Zentralbank nicht das Nachsehen haben. Aus demselben Grund arbeitet auch die Europäische Zentralbank daran, neben dem Bargeld einen digitalen Euro zu entwickeln.¹²⁰

¹¹⁸ Wolfgang Streek (2013).

¹¹⁹ Vgl. die Literaturübersicht auf der Website <https://www.silvio-gesell.de/englisch.html>, die Kapitel 12.6 und 12.7 dieses Buches und eine neue Studie der Deutschen Bundesbank über die Auswirkungen von Null- und Negativzinsen auf Geschäftsbanken, in: Deutsche Bundesbank (2020c).

¹²⁰ Kenneth Rogoff (2020a), (2020b) und (2020c), hier: (2020c). – Zur Entwicklung eines digitalen Euro vgl. Europäische Zentralbank (2020) und die Website

Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf Gesell, Keynes und Irving Fisher's „Stamp Scrip“ empfiehlt auch David Andolfatto von der Federal Reserve Bank St. Louis „Hot Money Credits“ als wirksames Instrument einer „economic recovery“. Andolfatto hat erkannt, dass eine ordnungspolitisch fundierte Geldpolitik dem Geld einen „heiße-Kartoffeln-Effekt“ verleihen und ihm dadurch zu einer verlässlicheren Nachfragewirksamkeit verhelfen würde als eine auf einem unzureichenden geldpolitischen Fundament agierende und mit Schulden finanzierte diskretionäre Fiskalpolitik.¹²¹

Nachdem die Geld(und Boden)reformgedanken Jahrzehnte lang von der Ökonomie vernachlässigt wurden, wäre es unrealistisch zu erwarten, dass gleichsam im Handumdrehen ausgereifte, sofort anwendbare Methoden ihrer praktischen Umsetzung vorliegen könnten. Entscheidend ist, dass im Bewusstsein der großen Verantwortung für die Lösung der multiplen ökonomisch-ökologischen-medizinischen Gesamtkrise überhaupt eine intensive wissenschaftliche Diskussion über die Theorie und Praxis der Geld- und Bodenreform und ihre Übersetzung in eine allgemeinverständliche ökonomische Bildung in Gang kommt.

Wie sehr die gesamte Gesellschaft einschließlich der Wirtschaftswissenschaften zwischen der Skylla medizinisch-sozialer und der Charybdis wirtschaftlicher und ökologischer Gefährdungen eingezwängt ist, lässt sich abschließend durch zwei Bilder aus der Seefahrt veranschaulichen. Man könnte sie sich als Reisende vorstellen – zum einem auf einem „Neurath-Schiff“, an das Lisa Herzog erinnerte¹²², und zum anderen auf dem legendären Luxusdampfer „Titanic“. Unterwegs auf hoher See stellen die Besatzung und die Passagiere des „Neurath-Schiffs“ fest, dass einige morsch gewordene Planken ausgewechselt werden müssen, wenn das Schiff nicht untergehen soll. Aber ihr Reiseziel liegt noch in weiter Ferne und auf dem Weg dorthin gibt es keine Insel, wo sich das Schiff in einem Trockendock wieder seetüchtig machen ließe. Wie also können während der Weiterfahrt einzelne Planken so ausgebessert werden, dass kein Wasser in den Schiffsrumpf eindringen kann? Und zusätzlich zu dieser dringend notwendigen Reparatur des Schiffes während seiner Fahrt auf einem Ozean geht es auch noch wie bei dem Luxusdampfer „Titanic“ um die Notwendigkeit einer Kurskorrektur, damit das unterwegs notdürftig reparierte Schiff nicht einfach nur weiter geradeaus auf die (letzten noch nicht abgeschmolzenen) Eisberge zufährt, sondern seine Fahrtrichtung und Geschwindigkeit auch noch so ändert, dass sich drohende Kollisionen mit Eisbergen abwenden lassen. Wird es der sich in einer vergleichbaren Situation befindlichen Politik gelingen, die vielfältigen Symptome der multiplen Krise

<https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/europaeische-zentralbank-laesst-digitalen-euro-testen,SEEvtNg> (Zugriff: 27.10.2020). - Vgl. auch die Kap. 12.6 und 12.7 dieses Buches.

¹²¹ David Andolfatto (2020a) und (2020b).

¹²² Lisa Herzog (2015/2018), S. 139 (Neurath-Schiff), zitiert nach W.V.Q. Quine, der dieses von dem Wiener Sozialisten Otto Neurath (1882-1945) gezeichnete Bild in seinem Buch „Word and Object“ (Cambridge MA 1964) bekannt gemacht hat.

der Moderne kurzfristig mit systemimmanenten Mitteln zu bekämpfen und gleichzeitig ihren Kurs mit systemtranszendierenden Mitteln zu korrigieren und schrittweise von einer realpolitischen Maßnahmenpolitik zu einer realutopischen Ordnungspolitik überzugehen?

Die unmittelbare Bedrohung durch die rasante Ausbreitung des Coronavirus machte im Frühjahr 2020 eine im Glauben an die Notwendigkeit eines immerwährenden Wirtschaftswachstums bis dahin für undenkbar gehaltene zeitweise Unterbrechung der auf permanente Expansion programmierten marktwirtschaftlich-kapitalistischen „Mega-Maschine“ (Lewis Mumford¹²³) möglich. Ein noch längerer Lockdown wäre gewiss noch keine Lösung der großen multiplen Gesamtkrise gewesen. Aber statt mit den Erfahrungen dieses Lockdowns eine Suche nach einer tragfähigen Lösung zu beginnen, kursierten nach seinem Ende schon sehr schnell Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021 wieder mit einer Zuwachsrate von 5,8 % kräftig steigen werde.¹²⁴ Trotz der gewaltigen Irritation durch die Corona-Krise haben sowohl Fachleute als auch die breite Bevölkerung und selbst diejenigen Kreise, die die Gefährlichkeit des Virus anzweifeln, nur das eine Ziel, dass Wirtschaft und Gesellschaft schnell wieder zu ihrem ‚normalen Alltag‘ zurückkehren.

Doch sind der bisherige Way of Life und eine von Jahr zu Jahr wachsende Wirtschaft wirklich ‚normal‘? Während die exponentielle Zunahme von Neuinfektionen mit dem Corona-Virus als eine existentielle Bedrohung erkannt wurde, wird die Gefährlichkeit von jährlichen Wachstumsraten in der Wirtschaft noch immer unterschätzt. Bei aller Verständlichkeit des Wunsches nach einer Rückkehr zur gewohnten und das Gefühl von Sicherheit gebenden ‚Normalität‘ bleibt es angesichts der in Zukunft zu erwartenden noch viel größeren Herausforderungen durch die Folgen der sozialen Spaltung, der weiteren Verschwendung von Ressourcen und der Aufheizung des Weltklimas unerlässlich, unverzüglich sowohl für eine notdürftige Stabilisierung des „Neurath-Schiffes“ als auch für eine gleichzeitige Kurskorrektur der „Titanic“ zu sorgen. Es wäre allemal besser, im gegenwärtigen Hier und Heute damit zu beginnen, die in der Vergangenheit aufgetürmten ökonomischen und ökologischen Ungleichgewichte allmählich abzubauen statt sie immer nur mit zweit- oder drittbesten ‚Lösungen‘ wie dem ins Uferlose gesteigerten Deficitspending und Quantitative Easing in eine vermeintlich ferne Zukunft zu verschieben. Und parallel dazu ist es notwendig, die wirtschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch der technologische Wandel nicht mehr der Logik von Kapitalakkumulation und -konzentration folgt, sondern den Interessen von Mensch und Natur in einer „Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus“. So ist zu guter Letzt zu hoffen, dass in der bis zu einem klimapolitischen point of no return noch verbleibenden Zeit an zeitgemäßen Mitteln zur

¹²³ Lewis Mumford (1974).

¹²⁴ <http://gemeinschaftsdiagnose.de/2020/04/08/wirtschaft-unter-schock-finanzpolitik-haelt-dagegen/> (Zugriff: 20.7.2020).

praktischen Umsetzung einer Reform der Geld- und Bodenordnung und der Unternehmensverfassung genauso intensiv geforscht wird wie an einem Impfstoff, der die menschliche Gesundheit und die gesellschaftliche Stabilität vor dem Coronavirus schützen soll - damit die weltweite Menschengemeinschaft sich auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit friedlich vereinen und auch ihren Frieden mit der Natur finden kann.